

## **Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 28.-30. März**

(Stand: 30.03., 16:00 Uhr)

### **Inhalt:**

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft –  
Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

# 1. Aktuelle Informationen / Deutschland

## OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wir haben für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:

Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de, Tel: 030-206167-129.

-----

## Ost-Ausschuss: Lasten von Krieg und Sanktionen gemeinsam schultern

- **Umfrage zeigt große Betroffenheit deutscher Unternehmen**
- **Drei Viertel der Befragten spüren Einschränkung des Zahlungsverkehrs**
- **Mehr als die Hälfte klagt über Lieferkettenunterbrechungen und Währungsturbulenzen**
- **Ost-Ausschuss-Vorsitzender Hermes plädiert für Lastenteilung, um Resilienz der Wirtschaft zu stärken**

Der russische Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Sanktionen und Gegensanktionen stellen viele in Osteuropa engagierte deutsche Unternehmen vor existenzielle Herausforderungen. Dies zeigt eine aktuelle Umfrage des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, an der sich fast 130 Unternehmen beteiligt haben. Mehr als die Hälfte davon sind sowohl in Russland als auch in der Ukraine und Belarus aktiv. Die gravierendste wirtschaftliche Folge ist die Einschränkung des Zahlungsverkehrs etwa infolge des Ausschlusses zahlreicher russischer Banken aus dem SWIFT-System. Drei Viertel der Befragten berichten hier von großen Problemen. Danach folgen Schwierigkeiten in Logistik und Lieferketten sowie Probleme durch die Rubel-Abwertung. Um die erheblichen Belastungen der vor Ort aktiven Unternehmen etwas abzufedern, wären schnelle finanzielle Liquiditätshilfen der Bundesregierung wichtig, etwa in Form von Überbrückungskrediten und Ausgleichszahlungen.

„Wir unterstützen vorbehaltlos alle Sanktionen der internationalen Gemeinschaft, um diesen furchtbaren Krieg schnellstmöglich zu beenden“, sagt der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes. Für die von Krieg und Sanktionen betroffenen deutschen Unternehmen und deren Beschäftigte sollte aber kurzfristig Hilfe gewährt werden, um Härten abzumildern. Deutsche Unternehmen haben 25 Milliarden Euro direkt in Russland investiert, in der Ukraine kommen

weitere 3,5 Milliarden Euro hinzu. „In Russland und Belarus engagierte deutsche Unternehmen stehen aktuell vor der Entscheidung, ihr Geschäft dort dauerhaft aufzugeben und damit sogar Gefahr zu laufen, entschädigungslos enteignet zu werden“, so Hermes. „In der Ukraine geht es gleichzeitig darum, die Produktion unter Kriegsbedingungen möglichst weiter aufrechtzuerhalten“.

Vor Ausbruch des Krieges lag das deutsche Handelsvolumen mit Russland, Belarus und der Ukraine bei zusammen knapp 70 Milliarden Euro jährlich. Hier seien massive Rückgänge beim deutschen Export zu befürchten. „Je schneller und unbürokratischer die Unternehmen im Notfall öffentliche Rückendeckung und Unterstützung erhalten, desto länger werden sie die Sanktions- und Kriegsfolgen ohne irreparable Schäden überstehen“, sagt Hermes. „Wir brauchen eine starke und resiliente Wirtschaft, um die Folgen von Coronakrise und Krieg zu überwinden und der Ukraine beim Wiederaufbau zu helfen.“ Die Ankündigung von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, finanzielle Hilfen für betroffene Unternehmen zu mobilisieren, sei ein ermutigendes Signal. „Wichtig ist, dass sich die zuständigen Ministerien schnell auf die Modalitäten einigen und diese Unterstützung zügig bei den Betroffenen ankommt“, so Hermes.

### **Multiple Herausforderungen für Unternehmen**

Für drei Viertel aller Befragten (73 Prozent) sind die Einschränkungen im Zahlungsverkehr das derzeit größte Problem, gefolgt von Schwierigkeiten in der Logistik (55 Prozent) sowie der Rubelabwertung (50 Prozent). Spürbar sind die Kriegs- und Sanktionsfolgen auch in den Lieferketten sowie in Form von Zahlungsausfällen und Schwierigkeiten mit Lieferanten. „Besondere Probleme ergeben sich für die Unternehmen daraus, dass sich die einzelnen Konsequenzen summieren“, sagt Hermes. „Dies stellt die Unternehmen tagtäglich vor erhebliche und multiple Herausforderungen.“

Dies betreffe nicht nur Unternehmen in der Ukraine, der Russischen Föderation und Belarus. „Die unmittelbaren Auswirkungen des Krieges zeigen sich auch in den Nachbarländern und teils auch in anderen europäischen Staaten“, sagt Hermes. In Zentralasien gilt dies für Kasachstan und in Mitteleuropa besonders für die vier Visegrád-Staaten. Von vorübergehenden Produktionsausfällen etwa in der Westukraine sei auch die deutsche Automobilindustrie unmittelbar betroffen. „Dies zeigt die engmaschige Vernetzung der deutschen Unternehmen und ihrer Liefer- und Logistikketten in Mittel- und Osteuropa“, sagt Hermes. Nur ein gutes Viertel der Befragten (28 Prozent) sieht sich von den Zwangsmaßnahmen bisher nicht betroffen.

### **Finanzsanktionen zeigen Wirkung**

Die Mehrzahl der befragten Unternehmen spürten bereits die Auswirkungen der zahlreichen Sanktionen. Dabei entfalten die europäischen Finanzsanktionen nach Einschätzung der befragten Firmen die größte Wirkung. Ähnliches gilt für die durch den russischen Staat eingeführten Devisenvorschriften. Bei den US-amerikanischen Sanktionen werden die sektoralen Verbote als größte Beschränkung wahrgenommen. Bei den europäischen Sanktionen rangieren diese auf Platz drei.

Um die wirtschaftlichen Folgen abzufedern und die Liquidität der Unternehmen zu erhalten, wünschen sich die befragten Firmen direkte finanzielle Hilfe von der Bundesregierung in Form von Überbrückungskrediten, Ausgleichzahlungen oder Fördermitteln. Darüber hinaus ist der Wunsch nach Bundesbürgschaften oder Akkreditiven, rechtlicher Beratung und Unterstützung sowie humanitärer Hilfe für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ländern ausgeprägt. „Insbesondere die deutschen Unternehmen in der Ukraine brauchen schnell Unterstützung, um unmittelbare Kriegsfolgen abzufedern und ihren Beschäftigten helfen zu können“, sagt Hermes. „Nur funktionierende Unternehmen können Steuern und Löhne bezahlen.“

An der Umfrage haben sich vom 11. bis zum 25. März 127 Unternehmen beteiligt. Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus bildeten die größte Gruppe, gefolgt von der Land- und Ernährungswirtschaft, dem Groß- und Einzelhandel, Beratungsunternehmen, Automobil- und chemischer Industrie, Gesundheitswesen, Bau und Bauwirtschaft und der Elektronik/Elektrotechnik. Die Verteilung entspricht in etwa der Aufstellung der gesamten deutschen Wirtschaft in den drei Ländern.

Die detaillierten Ergebnisse der Umfrage finden Sie [hier](#).

-----

## **Pressemitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums**

### **Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz ruft Frühwarnstufe des Notfallplans Gas aus – Versorgungssicherheit weiterhin gewährleistet**

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat heute die Frühwarnstufe des [Notfallplans Gas](#) ausgerufen. Dies dient der Vorsorge. Die Versorgungssicherheit ist weiter gewährleistet.

Der [Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck](#) hierzu: „Ich habe heute nach Abstimmung innerhalb der Bundesregierung die Europäische Kommission darüber informiert, dass die Bundesregierung die erste Stufe des Notfallplans Gas, die sogenannte Frühwarnstufe, ausgerufen hat. Die Versorgungssicherheit ist weiter gewährleistet. Es gibt aktuell keine Versorgungsengpässe. Dennoch müssen wir die Vorsorgemaßnahmen erhöhen, um für den Fall einer Eskalation seitens Russlands gewappnet zu sein. Mit Ausrufung der Frühwarnstufe ist ein Krisenteam zusammengetreten. Das Krisenteam analysiert und bewertet die Versorgungslage, so dass - wenn nötig – weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Versorgungssicherheit ergriffen werden können. Die Bundesregierung tut alles, um die Versorgungssicherheit in Deutschland weiter zu gewährleisten.“

Russland hatte in der vergangenen Woche angekündigt, die Bezahlung der Gasimporte nur noch in Rubel zu akzeptieren. Dies stellt einen Bruch der privaten Lieferverträge dar. Die G7-Staaten haben in einer gemeinsamen Erklärung am 28.03.2022 aus Gründen der Vertragstreue die Bezahlung in Rubel abgelehnt. Die russische Regierung hat dennoch in den

vergangenen Tagen in mehreren Äußerungen deutlich gemacht, Zahlungen nur in Rubel zu akzeptieren und gedroht, ohne Rubel-Zahlungen die Gaslieferungen zu stoppen.

Um auf mögliche Liefereinschränkungen oder -ausfälle vorbereitet zu sein, hat das BMWK deshalb heute die Frühwarnstufe nach Art. 11 der EU-Verordnung über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung ausgerufen und das Krisenteam Gas einberufen. Damit wird die aktuelle Situation im Gasnetz engmaschig beobachtet und bewertet.

Zum Krisenteam Gas gehören neben den Vertreterinnen und Vertretern des BMWK auch Vertreterinnen und Vertreter der Bundesnetzagentur, des Marktgebietsverantwortlichen Gas, der Fernleitungsnetzbetreiber, und es wird durch Vertreterinnen und Vertreter der Bundesländer unterstützt. Das Krisenteam Gas tagt ab sofort regelmäßig, um auf Basis der täglichen Meldungen der Fernleitungsnetzbetreiber und des Marktgebietsverantwortlichen die Entwicklung der weiteren Situation am Gasmarkt zu beobachten und die Leitung des BMWK zu beraten. Die Fernleitungsnetzbetreiber und Verteilnetzbetreiber ergreifen im Rahmen ihrer Verantwortung netz- und marktbezogene Maßnahmen gemäß § 16 und § 16a EnWG (Energiewirtschaftsgesetz), sofern notwendig. Die EU-Kommission und die Nachbarstaaten wurden über die Ausrufung der Frühwarnstufe unterrichtet. Das BMWK steht im kontinuierlichen Kontakt mit der EU-Kommission.

Die Gesamtversorgung aller deutschen Gasverbraucher ist aktuell weiter gewährleistet. Es ist ausreichend Gas an den Märkten vorhanden. Dies gilt sowohl für Haushaltskunden und soziale Dienste wie Krankenhäuser als auch für Fernwärme, Stromerzeugung sowie die deutsche Wirtschaft. Dennoch ist ab sofort jeder Gasverbraucher – von der Wirtschaft bis zu Privathaushalten - auch gehalten, seinen Verbrauch so gut wie möglich zu reduzieren.

Der „Notfallplan Gas“ basiert auf der sogenannten europäischen SoS-Verordnung, d.h. konkret der Verordnung (EU) 2017/1938 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2017 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung. Er regelt die Gasversorgung in Deutschland in einer Krisensituation. Der Notfallplan Gas kennt drei Eskalationsstufen – die Frühwarnstufe, die Alarmstufe und die Notfallstufe. Die Frühwarnstufe ist gem. Art. 11 Abs. 1 der europäischen SoS-Verordnung dann auszurufen, wenn es konkrete, ernst zu nehmende und zuverlässige Hinweise darauf gibt, dass ein Ereignis eintreten kann, welches wahrscheinlich zu einer erheblichen Verschlechterung der Gasversorgungslage sowie wahrscheinlich zur Auslösung der Alarm- bzw. der Notfallstufe führt.

---

Downloads

### **FAQ Liste – Notfallplan Gas**

(nicht barrierefrei)

[PDF: 742 KB](#)

### **Notfallplan Gas für die Bundesrepublik Deutschland**

gemäß Art. 8 der VERORDNUNG (EU) 2017/1938 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 25. Oktober 2017 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren

-----

## Spiegel-Online

### [Gasversorgung: Habeck ruft Vorwarnstufe im Notfallplan aus - DER SPIEGEL](#)

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) richtet sich auf die Absperrung von Erdgaslieferungen durch den russischen Präsidenten Wladimir Putin ein. Am Mittwochmorgen hat er nach SPIEGEL-Informationen die Vorwarnstufe in einem Notfallplan ausgelöst, um die Versorgung mit Erdgas auch nach einem Lieferstopp zu gewährleisten. Aktuell gebe es keine Versorgungsengpässe, heißt es dazu aus dem Ministerium. Die Versorgungssicherheit sei gewährleistet.

Mit dem Ausrufen der Frühwarnstufe setzt Habeck auch ein Krisenteam ein, das die Versorgungslage fortlaufend analysiert und bewertet. Wenn nötig, kann diese Arbeitsgruppe auch bestimmte Verbraucher vom Netz nehmen. Dafür müsste allerdings die dritte Stufe des nationalen Notfallplans für Erdgas ausgerufen werden. Es sieht vor, dass Haushalte weiterhin mit Gas versorgt werden, einzelne Großkunden aus der Industrie allerdings keine Gaslieferungen oder reduzierte Mengen erhalten.

Hintergrund des radikalen Schrittes ist das Ultimatum des Kreml, dass Energielieferungen ab April ausschließlich in Rubel und nicht in Euro oder Dollar gezahlt werden. Habeck hatte dies nach einem Treffen mit den Energieministern der G7-Staaten am Montag abgelehnt. Ein russischer Regierungssprecher hatte postwendend erklärt, dass man dann die Lieferungen einstellen wolle. Ob Moskau diese Drohung wahr macht, ist unklar. Der Bundeswirtschaftsminister hat sich allerdings dazu entschlossen, mit der Frühwarnstufe alle Möglichkeiten zu schaffen, sich auf diese Lage einzustellen.

Hohe Schäden bei einem Lieferstopp erwartet

Deutschland müsse für »den Fall einer Eskalation seitens Russlands« gewappnet sein, so Habeck. Daher seien die Vorsorgemaßnahmen nötig, auch wenn es derzeit keine Engpässe in der Gasversorgung gebe. Er habe an diesem Mittwoch »nach Abstimmung innerhalb der Bundesregierung« die Europäische Kommission darüber informiert, »dass die Bundesregierung die erste Stufe des Notfallplans Gas, die sogenannte Frühwarnstufe, ausgerufen hat«. Deutschland werde »keinen Bruch der Lieferverträge akzeptieren«.

Nachdem die Bundesregierung die Frühwarnstufe ausgerufen hat, folgte sofort eine starke Reaktion auf dem europäischen Gasmarkt. Der Preis am europäischen Referenzmarkt TTF für Gas zur Lieferung im April stieg binnen Minuten von 110 auf 114 Euro je Megawattstunde und kletterte am Morgen weiter auf 123 Euro.

Der »Notfallplan Gas« basiert auf einer EU-Verordnung von 2017, die Maßnahmen festlegt, um die Gasversorgung zu sichern. Darin sind drei Eskalationsstufen festgelegt: eine

Frühwarnstufe, die Alarmstufe und die Notfallstufe. Die Frühwarnstufe kann ausgerufen werden, wenn es konkrete, ernst zu nehmende und zuverlässige Hinweise auf ein mögliches Ereignis gibt, welches wahrscheinlich zu einer erheblichen Verschlechterung der Gasversorgungslage führt.

Im Falle eines Lieferstopps drohen der deutschen Wirtschaft hohe Schäden. Deren Verbandsvertreter erwarten die stärksten Auswirkungen, die es jemals seit dem 2. Weltkrieg gegeben hat. Die Industrie braucht Gas für viele Prozesse, etwa in der Chemikalischen Industrie, der Aluminiumerzeugung oder Stahlwerken.

Zum neuen Krisenteam Gas gehören Mitarbeitende des Wirtschaftsministeriums sowie der Bundesnetzagentur, des Marktgebietsverantwortlichen Gas, der Fernleitungsnetzbetreiber sowie der Bundesländer. Es soll auf Basis der täglichen Meldungen der Fernleitungsnetzbetreiber und des Marktgebietsverantwortlichen die Entwicklung der weiteren Situation am Gasmarkt beobachten und das Ministerium beraten.

Auch wenn derzeit ausreichend Gas an den Märkten vorhanden sei – sowohl für Haushaltskunden und soziale Dienste wie Krankenhäuser als auch für Fernwärme, Stromerzeugung sowie die deutsche Wirtschaft – müsse der Verbrauch bestmöglich gesenkt werden, so das Ministerium. Habeck appellierte an die Verbraucher, möglichst Gas einzusparen. Jede eingesparte Kilowattstunde Energie helfe, sagte er.

---

### **BDI-Stellungnahme zur Aktivierung des Notfallplans**

Zur Frühwarnstufe des Notfallplans Gas sagt BDI-Präsident Siegfried Russwurm: „Wirtschaft arbeitet mit Hochdruck daran, russisches Gas zu ersetzen.“

- „Die Wirtschaft arbeitet bereits mit Hochdruck daran, wo es möglich ist, russisches Gas durch andere Brennstoffe wie Öl und Kohle zu ersetzen. Der Umstieg ist schwierig und braucht Zeit. Bei umfassenden Lieferstörungen drohen Produktionsstopps mit unübersehbaren Folgen für Wachstum, Lieferketten und Beschäftigung.“
- Das Ausrufen der Frühwarnstufe ist ein sinnvoller Schritt. Er zeigt, wie ernst es der Bundesregierung mit der Energieversorgungssicherheit ist. Mit der Frühwarnstufe sind die Marktakteure, die Bundesregierung und die zuständigen Behörden dazu aufgerufen, die Vorbereitungen für einen möglichen Ernstfall schnell und intensiv voranzutreiben. Noch gibt es keine Gasknappheit. Markteingriffe sind nicht notwendig. Die Politik schätzt die Lage noch einmal deutlich ernster ein als vor einer Woche.“

**dpa:**

**Scholz kritisiert russischen Imperialismus: „sehr bedrohlich“**

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat Russland vorgeworfen, die Ukraine anzugreifen „für eine sehr imperialistische Vision“. Es müsse klar gesagt werden, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine erfolge, um Territorium zu erobern. "Das können und das werden wir nicht akzeptieren", unterstrich der Kanzler am Dienstagabend bei einer Veranstaltung der nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktion im Düsseldorfer Landtag.

„Das ist in der Tat eine ernste und eine sehr, sehr, sehr bedrohliche Situation“, mahnte Scholz. Es sei richtig gewesen, dass die freie Welt sehr schnell und geschlossen wirksame Sanktionen gegen Russland verhängt habe. Putins Kalküle seien allesamt nicht aufgegangen. Der Präsident habe völlig übersehen, dass sich die Ukrainer entschieden hätten, eine eigene Nation zu sein und dass er und seine Armee keineswegs mit offenen Armen empfangen würden. "Auch die russischsprachigen Ukrainerinnen und Ukrainer setzen sich gegen diese Invasion zur Wehr", stellte Scholz fest.

Er habe viele Gespräche mit Putin geführt. Ich weiß ganz genau: Geopolitik - wie er das nennt - spielt schon eine große Rolle." Das sei aber völlig verfehlt. "Wenn wir alle anfangen, in den Geschichtsbüchern zu blättern, wo denn mal die Grenzen früher verlaufen sind, (...), wo irgendwie mal Ansprüche bestanden (...), wenn wir anfangen, uns umzuschauen, wer die gleiche Sprache oder eine ähnliche Sprache spricht wie man selbst und aus diesen Erkenntnissen irgendeine Entscheidung für die Gegenwart abzuleiten, dann schaffen wir eine Zeit der Unruhe und des Krieges in Europa", warnte Scholz.

Zu den sicherheitspolitischen Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte habe die Integrität und Unverletzlichkeit der europäischen Grenzen gehört - auch bestätigt durch gemeinsame Beschlüsse mit Russland. Dass die Grenzen nicht mehr verschoben werden, müsse wieder Konsens werden.

Die Nato und Deutschland müssten in der Lage sein, sich zu verteidigen, damit "nicht jemand, der mit Gewalt Recht brechen will, das einfach machen kann", betonte Scholz. Deshalb sei es richtig, die Bundeswehr jetzt stärker auszustatten. Dabei gehe ihm aber jetzt nicht um "abstrakte Größen" wie den Anteil der Verteidigungsausgaben an der Wirtschaftsleistung. Es gehe vor allem darum, alles zu tun, "um wieder dafür zu sorgen, dass man mit Diplomatie und Gesprächen möglich macht, dass jetzt endlich dieser Krieg aufhört." In Europa müsse wieder um das Prinzip gekämpft werden, "dass kein Krieg unter den Ländern geführt wird".

-----



## **Zusammenfassung: Online-Sitzung des OA/GHA Arbeitskreises Gesundheitswirtschaft zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine am 29. März**

Die Mitglieder des OA/GHA Arbeitskreises Gesundheitswirtschaft trafen sich am 29. März zur außerordentlichen Online-Sitzung zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine und den aktuellen Wirtschaftssanktionen. Im Mittelpunkt stand der Erfahrungsaustausch der Unternehmen bezüglich der humanitären Lage in der Ukraine sowie die Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung in der Ukraine, Belarus und Russland.

Die Beschaffung mit Arzneimitteln und Medizinprodukten in der Ukraine erfolgt weiterhin über das staatliche Unternehmen *Medical Procurement of Ukraine* sowie dezentral auf der Ebene regionaler und lokaler Krankenhäuser. Die humanitäre Unterstützung ist die dritte Säule. Große Herausforderungen in Bezug auf die Lieferungsketten beobachtet man aufgrund der Beschädigung der Lagerhäuser für medizinische Geräte/Arzneimittel. Mit #WirtschaftHilft hat die deutsche Wirtschaft ein Koordinierungsinstrument für die Unterstützung der Ukraine ins Leben gerufen. OA und GHA sind Partner der Initiative.

Der Gesundheitssektor in der Region arbeitet unter sich täglich ändernden Bedingungen. Die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort ist die erste Priorität. Weitere wichtige Punkte in Bezug auf die Aufrechterhaltung der Versorgung in Russland und Belarus beziehen sich auf die Logistik, Finanzierung und die Sicherung der IT-Systeme. Die enorme Nachfrage auf dem Markt resultiert aus der erwarteten Knappheit von Medizingütern.

---

## **Umfrage der Körber-Stiftung zur deutschen Außenpolitik**

Deutschlands zukünftiges Engagement bei internationalen Krisen, die deutsch-russischen Beziehungen, die Einstellung zu mehr oder weniger sicherheitspolitischer Unabhängigkeit von den USA: Russlands Invasion der Ukraine hat einen Einfluss auf die Einstellungen der Bevölkerung zu den drängendsten Fragen deutscher Außenpolitik. Mit einer repräsentativen Befragung der deutschen Bevölkerung macht die Körber-Stiftung diese Veränderungen jetzt sichtbar. Die Umfrageergebnisse zeigen: Der von Bundeskanzler Olaf Scholz als »Zeitenwende« beschriebene Paradigmenwechsel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik ist auch bei der Öffentlichkeit in Deutschland angekommen ☑ zumindest vorerst. Hier finden Sie die Ergebnisse:

[The Berlin Pulse - Körber-Stiftung \(koerber-stiftung.de\)](https://www.koerber-stiftung.de)

---

## **Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen**

- Energieversorgung im BMWK: [buero-iiib6@bmwi.bund.de](mailto:buero-iiib6@bmwi.bund.de)
- Rohstoffe: [buero-ivb5@bmwi.bund.de](mailto:buero-ivb5@bmwi.bund.de)
- Sanktionsbezogene Fragen: [sven.sattler@bmwi.bund.de](mailto:sven.sattler@bmwi.bund.de)

- VB2 (Sanktionen).  
Referatsleitung  
Frau Dr. Conrad  
Herr Blaschke  
E-Mail: [Buero-VB2@bmwi.bund.de](mailto:Buero-VB2@bmwi.bund.de)
- VE1: Osteuropa (ohne EU), Südkaukasus, Zentralasien.  
Referatsleiter  
Herr Andreas Neumann  
E-Mail: [Buero-VE1@bmwi.bund.de](mailto:Buero-VE1@bmwi.bund.de)

---

## Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

---

## Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt. Hier finden Sie die ausführlichen Dokumente:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eu\\_833\\_2014.pdf?blob=publicationFile&v=9](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eg\\_765\\_2006.pdf?blob=publicationFile&v=19](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?blob=publicationFile&v=19)

---

## GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten und Informationen zu wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine:

[Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](#)

---

## **Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde**

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt. Hier finden Sie die ausführlichen Dokumente:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eu\\_833\\_2014.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eg\\_765\\_2006.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=19](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19)

-----

## **FAQ der Bundesbank zu Sanktionen**

Die neuen Russlandsanktionen werfen bei der praktischen Umsetzung viele Fragen auf. In unserem Übersichtsblatt "Finanzsanktionen: Häufig gestellte Fragen" hat die Bundesbank Antworten zusammengestellt. Das gesamte pdf findet sich zum Download auf dieser Seite:

[Russland / Ukraine | Deutsche Bundesbank](#)

-----

## 2. Terminübersicht

### **1. April: Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin zu “Russia’s Ukraine War and The World Economy”, 17 Uhr**

Die Abteilung für Volkswirtschaftslehre am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin organisiert unter Leitung von Professor Theocharis Grigoriadis eine online Diskussionsrunde in englischer Sprache zum Thema “Russia’s Ukraine War and The World Economy” an diesem Freitag (01.04.22) um 17:00.

Hiermit möchten wir Sie herzlich zu diesem Roundtable einladen.

In diesem Roundtable bringen wir ÖkonomInnen mit Fachwissen und Kenntnissen über verschiedene Regionen der Welt zusammen. Alle ExpertInnen werden ihre Einschätzung der Situation und eine kurze Analyse des jeweiligen Fachgebiets mit Bezug auf die Region ihrer Expertise darlegen. Im Anschluss daran gibt es eine Diskussion und die Möglichkeit, Fragen aus dem Publikum zu beantworten.

Die Themen diskutieren:

- Dr. Christian Ambrosius, Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter, Institut für Lateinamerika-Studien, Freie Universität Berlin
- Dr. Elguja Khokrishvili, Global Faculty Program-Gastprofessor am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin und ehemalige Botschafter von Georgien in Deutschland
- Prof. Dr. Amirah El-Haddad, Senior Economist, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik und Professorin für Volkswirtschaftslehre, Fakultät für Wirtschafts- und Politikwissenschaften, Universität Kairo
- PD Dr. Linde Götz, stellvertretende Leiterin der Abteilung Agrarmärkte, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
- Prof. Dr. Rainer Thiele, Leiter der Afrika-Initiative des IfW, Institut für Weltwirtschaft Kiel, und Lehrbeauftragter an der Universität Kiel

Die Moderation übernimmt Prof. Theocharis Grigoriadis, Forschungsgruppenleiter der Abteilung Volkswirtschaftslehre am Osteuropa-Institut.

Weitere Informationen zur Veranstaltung und dem Panel finden sie auf der Seite unseres Institutes: [https://www.oei.fu-berlin.de/en/wirtschaft/Termine/2022-04-01\\_roundtable\\_Ukraine.html](https://www.oei.fu-berlin.de/en/wirtschaft/Termine/2022-04-01_roundtable_Ukraine.html)

Bitte melden Sie sich hier für die Veranstaltung an: <https://fu-berlin.webex.com/fu-berlin-en/j.php?RGID=red357ce89f21c6b25560e5e0a7ba7dac>

-----

## **7. April: „Marktplatz der Begegnungen - Ukraine“ der Handelskammer Hamburg**

Am 7. April 2022 findet in der Handelskammer Hamburg mit dem "Marktplatz der Begegnungen" ein besonderes Angebot für Schutzsuchende aus der Ukraine statt. Das Ziel der diesjährigen Veranstaltung ist es, beiden Seiten - Schutzsuchenden und Ausstellenden - eine Plattform zu bieten, sich gegenseitig kennen zu lernen und gemeinsam niedrigschwellige Arbeitsmöglichkeiten, sei es über ein Praktikum, einen Minijob, eine Teilzeitmitarbeit oder alternative Beschäftigungsmöglichkeiten, zu eruieren. Ebenfalls soll dieses Event dazu dienen, Ukrainerinnen und Ukrainern soziale und beruflich relevante Themen aus ihrem neuen Gastland in einem angenehmen Umfeld näherzubringen.

Weiterführende Informationen finden Sie hier: [Marktplatz der Begegnungen - Handelskammer Hamburg \(hk24.de\)](https://www.hk24.de/Marktplatz-der-Begegnungen)

---

## **30. März: Online-Briefing zu DECKUNGSPRAXIS IN RUSSLAND UND BELARUS von 08:30 - 09:30 Uhr**

Bis auf weiteres findet jeden Mittwoch ein Online-Update über die aktuellen Entwicklungen zu Russland, Belarus und der Ukraine und den Auswirkungen auf die Deckungspraxis statt, mit Experten von Euler Hermes und dem Bundeswirtschaftsministerium. Bei Fragen wenden Sie sich an die Hotline +49 (0)40 / 8834 - 9000 oder per E-Mail an.

Anmeldung:

[Online-Event Deckungspraxis Russland und Belarus 2022 - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de/online-event-deckungspraxis-russland-und-belarus-2022)

Über die aktuellen Entwicklungen informieren Sie sich am besten über diesen Newsletter: [Hermesdeckungen: Newsletter abonnieren - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de/hermesdeckungen-newsletter-abonnieren)

---

## **31. März: Video-Konferenz [DIA-Digital](#) zu den Auswirkungen des russischen Krieges gegen die Ukraine auf Anlagenstrategien zur Altersvorsorge**

Videodiskussion des Deutschen Institut für Altersvorsorge zum Thema „**Inflation, Rezession und ein kalter Frieden? Was droht, was nicht, was sollten Anleger wissen.**“

Die Weltordnung ist aus europäischer Sicht erstmals seit 1990 in Bewegung gekommen. Welche mittelfristige Wirkung hat der Krieg in der Ukraine und welcher ganz grundsätzlicher Anpassungsbedarf der langfristigen Anlagestrategie ergibt sich durch die jüngsten Entwicklungen?

Darüber diskutieren in der nächsten Ausgabe von DIA Digital:

- Martin Moryson, Chefvolkswirt Europa, DWS Group
- Dr. Herbert Schneidemann, Vorstandsvorsitzender Deutsche Aktuarvereinigung
- Wolf Brandes, Redakteur, Börsen-Zeitung

- Michael Engelhardt, Wealth Management, Berenberg
- Moderation: Fabian Dittich, Mitglied des Sprecherkollegiums, Deutsches Institut für Altersvorsorge

Die Videokonferenz findet statt: **Donnerstag, 31. März 2022, 14:00 bis 15:00 Uhr**

Sie können sich hier für die Videokonferenz anmelden: Zur [Anmeldung](#). Die Videodiskussion wird mit Zoom durchgeführt. Den Teilnahmelink erhalten Sie kurz vor Beginn der Veranstaltung.

Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH  
Französische Straße 12, 10117 Berlin  
Tel: 030 – 201 88 581  
[veranstaltungen@dia-vorsorge.de](mailto:veranstaltungen@dia-vorsorge.de)  
[www.dia-vorsorge.de](http://www.dia-vorsorge.de)

### 3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 28. März)

[Wegen Spionage: EU-Länder weisen russische Diplomaten aus | kurier.at](#)  
**Niederlande, Irland, Tschechien und Belgien werfen den Diplomaten Spionage und Gefährdung der Sicherheit vor.**

Drei EU-Staaten weisen insgesamt Dutzende russische Diplomaten aus. Wie das niederländische Außenministerium am Dienstag mitteilte, müssen 17 bei der russischen Botschaft akkreditierte Diplomaten das Land verlassen, die vom niederländischen Geheimdienst als Geheimdienstoffiziere entlarvt worden seien. Belgien weist insgesamt 21 russische Diplomaten wegen Spionageverdachts aus, wie Außenministerin Sophie Wilmes dem Parlament und auf Twitter mitteilte.

Der Schritt sei mit den Niederlanden abgestimmt, erklärte Wilmes. Die niederländische Regierung wirft den Betroffenen laut Nachrichtenagentur Belga Spionage und Gefährdung der Sicherheit vor. Außenminister Wopke Hoekstra sagte, er rechne mit entsprechenden Gegenmaßnahmen der Regierung in Moskau.

Die Diplomaten seien an „Spionage und Operationen zur Einflussnahme beteiligt, die die nationale Sicherheit bedrohen“, teilte die belgische Außenministerin Sophie Wilmès auf Twitter mit. Die Diplomaten arbeiten ihr zufolge für die russische Botschaft sowie das Konsulat. Sie müssen das Land innerhalb von 15 Tagen verlassen, wie Wilmès der Nachrichtenagentur Belga zufolge sagte. "Diese Entscheidung ist keine Sanktion, sondern steht ausschließlich im Zusammenhang mit unserer nationalen Sicherheit." Die diplomatischen Kanäle blieben offen.

-----

#### **EU-Hilfe bei Lieferketten-Problemen**

Die Plattform Enterprise Europe Network (EEN) hilft von Lieferkettenproblemen betroffenen Unternehmen, Partner in Europa zu finden. Die EEN-Plattform „Supply Chain Resilience“ bietet ein Partnernvermittlungsinstrument, das Unternehmen bei jeglicher Unterbrechung ihrer Wertschöpfungskette hilft.

[The Supply Chain Resilience \(SCR\) platform - Welcome \(b2match.io\)](#)

-----

#### **EU-Leitfaden zu Sanktionen**

Website der EU-Generaldirektion FISMA mit allen FAQ zu den EU-Sanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Weitere Meldungen mit EU-Bezug:

### **Tageblatt Letzebuerg**

#### **Luxemburg hat im Rahmen der Sanktionen 2,5 Milliarden Euro an Vermögen eingefroren**

Seit Beginn der Sanktionen gegen Russland, die wiederum nach der Invasion der Ukraine ausgesprochen wurden, hat Luxemburg eine stattliche Summe an Vermögenswerten eingefroren. Außerdem wurden im hiesigen Geschäftsregister 86 Gesellschaften gefunden, die mit elf sanktionierten Personen in Verbindung gebracht werden. Das haben offizielle Stellen am Dienstag (29.3.) bekannt gegeben.

Die luxemburgische Finanzministerin Yuriko Backes hat am Dienstag (29.3.) erstmals konkrete Zahlen aus dem Großherzogtum zu den Sanktionen gegen Russland mitgeteilt. Das geht aus zwei Veröffentlichungen hervor, die von der Chamber respektive der Regierung im Laufe des Tages herausgegeben wurden.

Die CSV-Fraktion hatte nach der Anhörung des Generaldirektors der Aufsichtskommission des Finanzsektors (CSSF), die am 11. März erfolgt war, beantragt, die Finanzministerin ebenfalls zur Sache anzuhören. Anlässlich einer gemeinsamen Sitzung des Finanz- und Haushaltsausschusses und des Justizausschusses wurde Backes entsprechend am Dienstag empfangen, begleitet von Justizministerin Sam Tanson.

Backes habe berichtet, dass bislang keine Verstöße gegen die Sanktionen festgestellt worden seien, heißt es am Nachmittag auf der Webseite der Chamber: „Insgesamt wurden in Luxemburg im Rahmen der Sanktionen gegen Russland Vermögenswerte im Wert von 2,5 Milliarden Euro eingefroren“, heißt es in der Chamber-Mitteilung. Der Wert setzte sich vor allem aus Aktien, Anleihen und Bankkonten zusammen. Backes habe dabei klargestellt, dass die entsprechend festgesetzten Vermögenswerte alleine auf den Sanktionen beruhten, die aufgrund des Einmarsches Russlands in die Ukraine am 24. Februar ausgesprochen wurden.

-----

### **Tagesschau**

#### **[Russland-Sanktionen: Bislang 95.514.306,40 Euro eingefroren | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/russland-sanktionen)**

Wie viel Vermögen haben Banken in Deutschland im Zuge der Sanktionen gegen russische Firmen und Privatpersonen eingefroren? Die Bundesregierung nennt nun erstmals eine Zahl - die manche als „ernüchternd“ einstufen.

Die Bundesregierung hat erstmals eine Zahl dazu veröffentlicht, wie viel Geld in Deutschland bislang im Zusammenhang mit den Sanktionen gegen russische Firmen und Privatpersonen blockiert worden ist. Inländische Banken haben demnach bis zum 21. März insgesamt 95.514.306,40 Euro eingefroren. Das heißt, dass die Eigentümer auf diese Gelder nicht zugreifen und beispielsweise keine Überweisungen oder Abhebungen tätigen können.



Erhoben hat die Zahl die Deutsche Bundesbank. Das Bundesfinanzministerium hat sie auf Anfrage einem Bundestagsabgeordneten der Linken mitgeteilt. Die Antwort liegt dem ARD-Hauptstadtstudio vor. Es ist das erste Mal seit Inkrafttreten der Sanktionen Ende Februar, dass die Bundesregierung Auskunft über eingefrorene Vermögenswerte gibt. Bislang haben die zuständigen Ministerien und die Bundesbank Anfragen dazu nicht beantwortet. Auch jetzt heißt es in der Antwort, weitere "Details, auch zu operativen Erkenntnissen, können nicht offengelegt werden.

"Frankreich nennt Summe von 850 Millionen Euro. In anderen Staaten gehen die Regierungen mit Informationen zu beschlagnahmten und eingefrorenen Vermögen im Zusammenhang mit Russlands Angriff auf die Ukraine teilweise offener um. So hat Frankreichs Wirtschaftsminister Bruno Le Maire beispielsweise vor einer Woche in einem Interview gesagt, dass sein Land bereits rund 850 Millionen Euro festgesetzt habe. 150 Millionen Euro davon wurde auf Konten eingefroren, die übrigen Millionen beziehen sich auf beschlagnahmte Yachten und blockierte Immobilien.

Auch in Italien sind bereits Vermögenswerte im Wert hunderter Millionen Euro beschlagnahmt worden. In Belgien sollen es laut Medienberichten sogar bereits rund zehn Milliarden sein.

Im Vergleich dazu seien die rund 95 Millionen Euro in Deutschland "eher ernüchternd", sagt Konrad Duffy von der unabhängigen Interessensgruppe "Bürgerbewegung Finanzwende". Es sei auf jeden Fall davon auszugehen, dass in Deutschland mehr Vermögen von sanktionierten Personen aus Russland liege. Zugleich betont Duffy, dass die Zahl nur wiedergebe, was die Banken gemeldet hätten. Die wahren Eigentümer von Yachten, Immobilien oder Kunstobjekten würden häufig mit Briefkastenfirmen verschleiert. Er hoffe, dass es nicht nur "eine Zahl der Bundesbank" gebe, sondern auch die Bundesregierung bald "weitere Erfolge" in Bezug auf solche Vermögenswerte verkünden könne.

Wie hoch die Vermögenswerte sanktionierter Personen und Firmen in Deutschland insgesamt sind, wollte der Linke Bundestagsabgeordnete Pascal Meiser von der Bundesregierung wissen. Die Frage bezieht sich also nicht nur auf Bankkonten, sondern beispielsweise auch auf Immobilien, Autos oder Yachten. Zudem wollte der Abgeordnete wissen, was davon bereits eingefroren oder beschlagnahmt wurde.

Mit Ausnahme der Zahl der Bundesbank möchte die Bundesregierung dazu allerdings keine Informationen veröffentlichen. In der Antwort an den Abgeordneten teilt der Parlamentarischen Staatssekretärs im Finanzministerium Florian Toncar mit: "Nach sorgfältiger Abwägung ist die Bundesregierung zu der Auffassung gelangt, dass die erbetenen Informationen derart schutzbedürftig sind, dass selbst ein geringfügiges Risiko des Bekanntwerdens mit Blick auf den potenziellen Schaden nicht hingenommen werden kann. "Selbst eine "Hinterlegung der angefragten Informationen in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestags" scheidet deshalb aus, so FDP-Politiker Toncar. Ein Bekanntwerden der Informationen würde den Erfolg der "im europäischen Rahmen beschlossenen Sanktionsmaßnahmen konkret gefährden.

"Linken-Politiker Meiser überzeugt diese Argumentation nicht. Dem ARD-Hauptstadtstudio sagte er, dass er als Bundestagsabgeordneter mehr Informationen dazu brauche, welche Vermögenswerte sanktionierte Personen und Firmen in Deutschland besitzen. "Entweder mauert die Bundesregierung, weil sie die Informationen nicht preisgeben kann, oder aber sie mauert, weil sie sie nicht hat." Letzteres wäre eine Katastrophe, so Meiser.

Seit Inkrafttreten der Sanktionen hatte es immer wieder Kritik gegeben, dass insbesondere gegen sanktionierte Oligarchen in Deutschland nicht entschieden und schnell genug vorgegangen werde. Die Bundesregierung hatte wohl auch deshalb Mitte März zur Umsetzung der Sanktionen eine Taskforce eingerichtet. Dieser Arbeitsgruppe kommt die Aufgabe zu, die Arbeit von zahlreichen Ministerien und Behörden zu koordinieren, die in Deutschland an der Umsetzung der Sanktionen beteiligt sind. Ursprünglich sollte das Bundeskanzleramt dabei eine zentrale Rolle einnehmen. Seither wurde nach Informationen des ARD-Hauptstadtstudios mehrfach die Leitung gewechselt. Fragen dazu ließ die Bundesregierung unbeantwortet. Zuständig sind jetzt das Bundeswirtschafts- und das Bundesfinanzministerium. Beide Ministerien haben zuletzt mitgeteilt, dass die Taskforce die Arbeit aufgenommen habe, bislang allerdings keine Ergebnisse gemeldet.

-----  
**Euractiv:**

#### **Polen will Einfuhr russischer Kohle im Alleingang stoppen – EURACTIV.de**

Polen kauft seit Jahren Brennstoff aus Russland ein, obwohl im eigenen Land viel Kohle abgebaut wird. Die importierte Kohle wird nicht nur zur Energieerzeugung, sondern auch zum Heizen der Häuser genutzt.

Russische Kohle gilt dabei als sauberer, da sie weniger Schwefel und Asche enthält und wird daher als Brennstoff für Öfen verwendet. Die in Polen geförderte Kohle wird dagegen überwiegend an inländische Kraftwerke geliefert.

Im Jahr 2018 wurden über 80 Prozent der polnischen Energie durch die Verbrennung von Kohle erzeugt. Der Import von Kohle aus Russland wird dagegen von Gewerkschaften und Bergbaukreisen seit Jahren heftig kritisiert.

Am Dienstag (29. März) verabschiedete die polnische Regierung jetzt einen Gesetzesentwurf, der es ihr unter anderem ermöglicht, das Vermögen von Einrichtungen einzufrieren, die Russland unterstützen. Außerdem sieht der Entwurf auch eine Verschärfung der Sanktionen gegen Russland auf nationaler Ebene vor.

Auf die Frage nach Details antwortete der Regierungssprecher Piotr Muller, dass es unter anderem darum gehe, die Einfuhr russischer Kohle nach Polen zu stoppen.

„Einige Regelungen können den Import von Kohle aus Russland bereits auf nationaler Ebene blockieren. Leider kann dies zu berechtigten rechtlichen Zweifeln führen. Dennoch können wir in dieser Hinsicht nicht länger auf die Reaktion der EU warten“, so Müller.

Der Regierungssprecher drückte sein Bedauern darüber aus, dass Polen die Sanktion allein verhängen müsse – ohne die Unterstützung der EU. Die Einfuhr von russischer Kohle nach Polen wird auch für private Unternehmen verboten sein.

Vor einer Woche kündigte die Klima- und Umweltministerin Anna Moskwa noch an, dass Polen nicht bereit sei, von sich aus ein Embargo gegen russische Kohle zu verhängen. Stattdessen solle der Brennstoff für den kommenden Winter aus anderen Ländern importieren werde.

---

### Obozrevatel.

#### **EU verlängert Sanktionen gegen Russland auf Kosten der "50%-Regel": Was das bedeutet (Arbeitsübersetzung)**

Wenn eine Person auf der Sanktionsliste 30 % und eine andere 25 % eines Unternehmens besitzt, sollte ein solches Unternehmen als gemeinsames Eigentum und gemeinsame Kontrolle der sanktionierten Personen betrachtet werden. Dies geht aus einer Klarstellung der Europäischen Kommission hervor.

„Transaktionen mit einem solchen Unternehmen können daher als indirekte Bereitstellung von Vermögenswerten und wirtschaftlichen Ressourcen für Personen auf der Sanktionsliste angesehen werden“, heißt es in der Klarstellung. Eine solche Sanktionsregel gibt es übrigens in den USA seit 2008, in der EU wird sie jedoch nicht generell angewendet.

Die restriktiven Maßnahmen der EU verbieten es europäischen Unternehmen und Banken, mit sanktionierten Bürgern und Unternehmen, die unter deren Kontrolle stehen, wirtschaftliche Aktivitäten zu entfalten. Zuvor war berichtet worden, dass russische Gasverflüssigungsprojekte in der Arktis scheitern könnten. Russlands Pläne werden durch die Androhung von Sanktionen gegen die russische Schifffahrt behindert. Sollte die EU sie einführen, hätte dies Auswirkungen auf den Bau von Flüssigerdgas-Tankern in der Arktis.

Dies berichtet die Financial Times (FT) unter Berufung auf Unternehmensvertreter. „Da russische Partner und Kunden internationaler Werften auf Sanktionslisten stehen und die EU den Export von Schiffen, maritimen Navigationssystemen oder Ausrüstungen nach Russland für die meisten Zwecke verbieten wird, sind die Aufträge fraglich“, heißt es in der Veröffentlichung.

---

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) hat angekündigt, dass sie ihre Büros in Moskau und Minsk schließen wird. Die EBRD hat den Krieg gegen die Ukraine aufs Schärfste verurteilt, und die Entscheidung, die Büros in Moskau und Minsk zu schließen, ist die unvermeidliche Folge der Maßnahmen, die die Russische Föderation mit Hilfe von Belarus ergriffen hat. „Wir bieten der Ukraine weiterhin unsere uneingeschränkte Unterstützung an und haben bereits ein erstes Hilfspaket in Höhe von 2 Milliarden Euro für die Ukraine und andere vom Krieg betroffene Länder vereinbart.“

[EBRD to close its offices in Moscow and Minsk](#)

---

### **Ukrinform**

**Russland wird aus der europäischen Föderation der Leasingmarktteilnehmer ausgeschlossen**

**Der Europäische Verband der Leasingmarktteilnehmer Leaseurope, in dem 44 Leasingverbände aus europäischen Ländern zusammengeschlossen sind, hat Russland von seiner Mitgliedschaft ausgeschlossen.**

Nach Angaben von Ukrinform wurde dies vom Pressedienst der NBU in einem Telegramm mitgeteilt.

"Die ukrainische Nationalbank begrüßt die Entscheidung des Europäischen Verbandes der Leasingmarktteilnehmer Leaseurope, Russland von seiner Mitgliedschaft auszuschließen. Insbesondere die United Leasing Association of Russia, die das Aggressorland bei Leaseurope vertritt, wurde ausgeschlossen", heißt es in der Erklärung.

Die NBU betonte, dass der ukrainische Leasingmarkt heute die Unterstützung von Leaseurope braucht, da es für die Ukrainer wichtig ist, ihre Repräsentanzen, Zweigstellen und Tochtergesellschaften in der EU im Rahmen eines vereinfachten Verfahrens eröffnen und im Ausland weiterarbeiten zu können.

"In dieser Hinsicht freuen sich die ukrainischen Leasinggeber und die Nationalbank auf die Unterstützung von Leaseurope bei der Beschaffung von Finanzierungen durch ausländische Banken und die notwendige rechtliche Unterstützung", betonte die Nationalbank.

Leaseurope ist der größte europäische Verband von Leasingmarktteilnehmern, der 44 Leasingverbände aus europäischen Ländern vereint und die Interessen von 92 % des europäischen Leasingmarktes vertritt. Der ukrainische Verband der Vermieter ist im Namen der Ukraine Mitglied von Leaseurope.

---

### **Erweiterte EU-Guidance zu Sanktionen**

Die EU hat Ihre Guidance zur Sanktionsumsetzung weiter ergänzt.  
Hier die neuen Inhalte:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

## **EU-Exportrestriktionen – FAQ-Übersicht**

Die EU hat eine Übersicht zu 50 häufig gestellte Fragen zu EU- Ausfuhrbeschränkungen gemäß den Artikeln 2, 2a und 2b der Verordnung des Rates Nr. 833/2014 gegen Russland vorgelegt, die Sie hier finden:

[FAQ on export-related restrictions to Russia for dual-use items and "advanced technology" items \(Articles 2, 2a and 2b of Regulation No 833/2014\) \(europa.eu\)](#)

## 4. Russland-Gegensanktionen

### Tagesschau:

#### Russland erwägt Gaslieferstopp

Nach der von der EU weitgehend abgelehnten Bezahlung von Gaslieferungen in Rubel hat der Kreml mögliche neue Schritte Russlands angekündigt.

Nachdem die EU und die G7-Staaten die Bezahlung von Gaslieferungen in Rubel weitgehend abgelehnt haben, hält Russland die Drohung eines Lieferstopps aufrecht. "Keine Bezahlung - kein Gas", sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow dem amerikanischen TV-Sender PBS.

Moskau wolle die endgültige Antwort der EU abwarten und dann die nächsten Schritte festlegen. "Wir beabsichtigen aber auf keinen Fall, uns als Wohltäter zu zeigen und Westeuropa kostenloses Gas zu liefern", betonte Peskow.

Kreml-Chef Wladimir Putin hatte angeordnet, dass Erdgas an "unfreundliche" Staaten wie Deutschland nur noch gegen Zahlung in Rubel zu liefern sei. Die Begleichung in Rubel würde die angeschlagene russische Währung stützen. Dies wurde bereits von einigen Ländern mit dem Hinweis auf Vertragsbruch zurückgewiesen.

-----

Der Vorsitzende der Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin hat vorgeschlagen, zusätzlich zu Erdgas auch Düngemittel, Getreide, Erdöl, Kohle, Metall und Holz in die Liste der Waren aufzunehmen, deren Exporte nur noch mit Rubeln bezahlt werden dürfen. „Die europäischen Staaten haben alle Marktchancen, um in Rubel zu zahlen. Darin liegt keine Tragödie. Viel erschreckender ist es, wenn das Geld da ist, aber die Ware nicht“, schrieb der Politiker auf Telegramm. Laut Anordnung von Präsident Putin soll die Bezahlung russischer Gaslieferungen durch sogenannte unfreundliche Länder bereits ab morgen ausschließlich in Rubel erfolgen dürfen.

[Володин предложил расширить список товаров, экспортируемых за рубли - Новости – Мир – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](https://www.kommersant.ru/news/1181111)

-----

#### Weitere Meldungen aus und über Russland:

Laut russischen Medienberichten schreitet der Ausbau russischer **Öllieferungen** nach Asien voran. Vor allem Indien sei daran interessiert, wegen hoher Abschläge und der Möglichkeit, in Rubeln zu zahlen. Insgesamt liege der russische Ölexport um ein Viertel niedriger als vor der Krise, was dem Boykott russischen Öls zuzuschreiben sei.

-----

## Tagesschau:

### „Nowaja Gaseta“ setzt ihr Erscheinen aus

Die wichtigste unabhängige Zeitung in Russland, die "Nowaja Gaseta", setzt ihr Erscheinen aus. Diese Entscheidung gelte bis zum Ende der russischen "Spezialoperation" in der Ukraine, teilte die Zeitung mit. Der Krieg in der Ukraine darf in Russland laut einem verschärften Mediengesetz nicht mehr Krieg genannt werden. Eingestellt würden die gedruckte Zeitung, die Website und alle Aktivitäten in Online-Netzwerken. Zur Begründung nannte die "Nowaja Gaseta", dass die Redaktion inzwischen die zweite Verwarnung der Medienaufsicht Roskomsnadzor erhalten habe. Bei zwei solchen Verwarnschreiben der Behörden drohe in Russland der Entzug der Lizenz, hieß es. Demnach soll es das Blatt versäumt haben, bei einem Artikel den Zusatz „ausländischer Agent“ zu erwähnen. Wer etwa als Nichtregierungsorganisation oder als Medium Geld aus dem Ausland erhält, muss sich auf Anweisung der Behörden als "ausländischer Agent" bezeichnen. Viele Betroffene kritisieren die Bezeichnung als stigmatisierend. Die „Nowaja Gaseta“ gilt als wichtigste unabhängige Zeitung in Russland. Ihr Chefredakteur Dmitri Muratow war wegen seiner Verdienste um die Meinungsfreiheit im vergangenen Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Er hatte den russischen Präsidenten Wladimir Putin öffentlich wegen des Ukraine-Krieges kritisiert. Die Zeitung hatte nach Erlass eines neuen Gesetzes zur Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit einen Spagat versucht: Im Einklang mit dem neuen Gesetz hatte sie darauf verzichtet, von einem "Krieg" zu schreiben. Allerdings brachte die "Nowaja Gaseta" zuletzt große Reportagen über das Leid der Menschen.

Die Redaktion der **Nowaja Gaseta** hat die Einstellung der Arbeit bis zum Ende der „militärischen Sonderoperation“ angekündigt. Die Zeitung werde keine Printausgaben veröffentlichen. Ihre Website und die Social Media-Konten würden nicht aktualisiert. Grund sei die zweite Warnung von Roskomsnadzor wegen fehlender Kennzeichnung als ausländische Agenten in Publikationen der Zeitung. Die Redaktion wolle aber neue Projekte starten. Laut dem Vorsitzenden der Journalistengewerkschaft handle es sich um „direkte Zensur“. Der Einstellung der Arbeit sei ein Versuch der Zeitung, die endgültige Schließung zu vermeiden.

-----

Bis Ende des Jahres könnte die Zahl der **Arbeitsplätze in Russland** um bis zu zwei Millionen zurückgehen, wodurch die Arbeitslosenquote von derzeit 4,4 Prozent auf bis zu 7,8 Prozent ansteigen würde. Dies ist die Prognose der Moskauer NGO „Center for Strategic Research“. Arbeitsplätze werden vor allem in Branchen verloren gehen, die stärker von importierten Komponenten abhängig sind (Automobilbau, Haushaltsgeräte) und denen aufgrund der Sanktionen externe (Metallurgie, Düngemittelproduktion) oder interne Märkte (Baugewerbe) abhandengekommen sind. Gleichzeitig wird in einer Reihe von Branchen (Textilien, IT) die Nachfrage nach Produkten innerhalb Russlands steigen, so dass der Aderlass teilweise aufgefangen werden kann.

[Безработица примеряется к росту – Газета Коммерсантъ № 53 \(7254\) от 29.03.2022 \(kommersant.ru\)](https://www.kommersant.ru)

-----

## **SWP-Podcast Spezial: Wie Russland im Ukraine-Krieg auf Cyberattacken und Desinformation setzt**

Im Ukraine-Krieg werden nicht nur Panzer und Raketen eingesetzt, Russland setzt auch gezielt auf Cyberattacken und Desinformationskampagnen. Welche Rolle spielen Propaganda und Cyberangriffe im aktuellen Konflikt? Darüber diskutieren Matthias Schulze und Daniel Voelsen mit Dominik Schottner.

[SWP-Podcast Spezial: Wie Russland im Ukraine-Krieg auf Cyberattacken und Desinformation setzt - Stiftung Wissenschaft und Politik \(swp-berlin.org\)](https://www.swp-berlin.org/podcast-spezial-wie-russland-im-ukraine-krieg-auf-cyberattacken-und-desinformation-setzt)

-----



## 5. Sanktionen der USA

### Politico:

#### **U.S. Finanzministerium: Weitere westliche Sanktionen gegen russische Wirtschaft und Lieferketten (Arbeitsübersetzung)**

LONDON/29.3. - Die USA, die EU und andere Verbündete planen weitere Sanktionen gegen russische Lieferketten und Wirtschaftssektoren, die eine Schlüsselrolle im Krieg in der Ukraine spielen, sagte die stellvertretende US-Finanzministerin Wally Adeyemo.

Zu Beginn einer Europareise, auf der er sich mit Verbündeten über Sanktionen gegen Russland beraten will, sagte Adeyemo am Dienstag in London, Ziel sei es, "die Fähigkeit des Kremls zu untergraben, seine Kriegsmaschinerie zu betreiben".

"Zusätzlich zu den Sanktionen gegen Unternehmen in Sektoren, die die bössartigen Aktivitäten des Kremls ermöglichen, planen wir auch Maßnahmen, um ihre kritischen Lieferketten zu unterbrechen", sagte er auf einer Veranstaltung der Denkfabrik Chatham House. Adeyemo sagte, das Ziel der USA sei es, Exportkontrollen, die sich im Laufe der Zeit durchsetzen werden, mit Wirtschaftssanktionen zu kombinieren, die eine sofortige Wirkung haben.

„Russland stellt eine Reihe von Dingen, die es für den Bau seiner militärischen Ausrüstung oder für die Wirtschaft benötigt, nicht selbst her“, sagte er. "Der Einsatz unserer Exportkontrollinstrumente versetzt uns in die Lage, diese Lieferkette zu unterbrechen. Der Einsatz von Finanzsanktionen versetzt uns in die Lage, nicht nur die Vermögenswerte der russischen Unternehmen einzufrieren, die an der Herstellung der militärischen Ausrüstung beteiligt sind, sondern auch die Vermögenswerte der alternativen Lieferanten, die sie möglicherweise nutzen, um sie schnell zu verfolgen.

Diese Sanktionen werden in Abstimmung mit den „mehr als 30 Partnern und Verbündeten“ ergriffen, die eine „Koalition als Reaktion auf Russlands Invasion in der Ukraine“ gebildet haben, fügte er hinzu. Adeyemo nannte keinen bestimmten Sektor oder ein bestimmtes Unternehmen, sagte aber, die USA und ihre Verbündeten seien „entschlossen, weitere bedeutende Schritte zu unternehmen, um die russische Wirtschaft einzuschränken, solange die russische Invasion andauert“. Das internationale System, das die Sanktionen gegen Russland und Weißrussland ermöglicht hat, müsse gestärkt werden. Die Regierungen müssten das globale Mindeststeuerabkommen für Unternehmen abschließen und die unsichere Ernährungslage aufgrund der unterbrochenen Lieferungen aus der Ukraine bekämpfen.

Einseitige Sanktionen sollten vermieden werden, fügte er hinzu, um die Wirksamkeit der wirtschaftlichen Maßnahmen zu schützen, die an klare politische Ziele geknüpft sein müssen und rückgängig gemacht werden können, wenn die Verbündeten zu dem Schluss kommen, dass sich Russlands Verhalten geändert hat“. Adeyemo wird am Dienstag nach Brüssel reisen, wo er einen „Sanktionsdialog“ mit hochrangigen EU-Beamten ankündigt wird.

Link-Sammlung zu den US-Sanktionen gegen Russland seit dem 24.2. in chronologischer Reihenfolge:

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0602>

[https://home.treasury.gov/policy-issues/financial-sanctions/recent-actions/20220221\\_33](https://home.treasury.gov/policy-issues/financial-sanctions/recent-actions/20220221_33)

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0608>

<https://www.bis.doc.gov/index.php/documents/about-bis/newsroom/press-releases/2914-2022-02-24-bis-russia-rule-press-release-and-tweets-final/file>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/02/24/fact-sheet-joined-by-allies-and-partners-the-united-states-imposes-devastating-costs-on-russia/>

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0610>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/presidential-actions/2022/03/08/executive-order-on-use-of-project-labor-agreements-for-federal-construction-projects-2/>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/03/08/message-to-the-congress-on-prohibiting-certain-imports-and-new-investments-with-respect-to-continued-russian-federation-efforts-to-undermine-the-sovereignty-and-territorial-integrity-of-ukraine/>

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/03/08/fact-sheet-united-states-bans-imports-of-russian-oil-liquefied-natural-gas-and-coal/>

<https://home.treasury.gov/news/press-releases/jy0641>

[Issuance of Russia-related General Licenses; Publication of amended Frequently Asked Questions | U.S. Department of the Treasury](#)

## 6. Sanktionen weiterer Länder

### Vereinigte Arabische Emirate

#### [Obozrevatel](#)

#### **Staatsfonds der VAE weigert sich, wegen des Krieges in der Ukraine Geschäfte mit Russland zu machen**

„Was sich in der Krise zwischen Russland und der Ukraine abspielt, ist ein absurdes Theater mit katastrophalen Folgen sowohl für die Menschen als auch für die Wirtschaft in der ganzen Welt. Es liegt auf der Hand, dass wir unter diesen Bedingungen unsere Investitionen in diesem Markt, in Russland, aussetzen müssen“, sagte Khaldun Mubarak.

Der Mubadala-Fonds hat nach eigenen Angaben 3 Mrd. Dollar in Russland investiert, und zwar in rund 50 Unternehmen. "Da es sich um den zweitgrößten Staatsfonds der VAE handelt (wie der staatliche Sovereign Wealth Fund), ist die Entscheidung auch von politischer Bedeutung", kommentierte der ukrainische Abgeordnete Jaroslaw Zheleznyak.

Mubadala hat sich auf langfristige Investitionen in die russische Wirtschaft spezialisiert. In der Moskauer Niederlassung des Unternehmens arbeiten mehr als 20 Personen. Andere Fonds der Golfstaaten, wie der Saudi Arabian Public Investment Fund, haben sich noch nicht zu Investitionen in Russland geäußert.

Wie OBOZREVATEL berichtete, weigerte sich auch der US-Investmentfonds Gramercy, der für seine Investitionen in unzuverlässige Anlagen bekannt ist, in Russland zu investieren. Der Kauf russischer Staatsanleihen wurde selbst von diesem Fonds, der bereits in Wertpapiere Argentiniens und Venezuelas investiert hatte, als zu riskant angesehen.

### Australien

#### [Minister for Foreign Affairs](#)

#### **Australia's first Magnitsky-style sanctions**

Today I announce the first set of Australian Magnitsky-style listings under the Morrison Government's thematic sanctions framework, targeting Russian individuals responsible for the corruption that Sergei Magnitsky uncovered and those complicit in his subsequent mistreatment and death.

Mr Magnitsky, a Ukrainian-born Russian lawyer and tax advisor, uncovered widespread corruption by Russian tax and law enforcement officials. He was imprisoned and mistreated, and died in custody in November 2009, after being refused medical treatment.

In this first tranche, the Government will honour Mr Magnitsky and all who defend the rule of law, with targeted sanctions and travel bans against 14 Russian individuals responsible for

the serious corruption that he exposed and a further 25 Russian perpetrators and accomplices of his abuse and death.

These individuals will be subject to targeted financial sanctions, including asset freezes and travel bans. This will ensure that Australia does not become a safe haven for those already locked out of like-minded countries and their financial systems.

Mr Magnitsky's case inspired an international movement of sanctions laws to hold those responsible for his death to account, and to enable sanctions to be applied to other perpetrators of serious human rights violations and abuses, wherever they occur in the world.

This is the first of what will be ongoing sanctions using the Magnitsky-style reforms we passed in December.

## **Großbritannien**

Keine neuen Meldungen

-----

[Link-Sammlung zu den britischen Sanktionen gegen Russland seit dem 24.2. in chronologischer Reihenfolge:](#)

<https://www.gov.uk/government/publications/financial-sanctions-ukraine-sovereignty-and-territorial-integrity>

<https://www.gov.uk/government/publications/financial-sanctions-ukraine-sovereignty-and-territorial-integrity>

<https://www.gov.uk/government/news/uk-to-phase-out-russian-oil-imports>

[https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment\\_data/file/1060764/Notice\\_Russia\\_150322.pdf](https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1060764/Notice_Russia_150322.pdf)

[https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment\\_data/file/1060263/Notice\\_Russia\\_110322.pdf](https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/1060263/Notice_Russia_110322.pdf)

<https://www.gov.uk/government/news/uk-cuts-off-export-finance-support-to-russia-and-belarus>

<https://www.gov.uk/government/news/uk-announces-new-economic-sanctions-against-russia>

[Foreign Secretary announces 65 new Russian sanctions to cut off vital industries fuelling Putin's war machine - GOV.UK \(www.gov.uk\)](#)

## 7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Focus:

[Ripple-Effekt: Wie deutsche Firmen im Sog der Sanktionen versinken - FOCUS Online \(ampproject.org\)](https://www.ampproject.org)

**Banken kündigen Kredite, Unternehmen brechen mit ihren Kunden: Die Angst mit russischen Firmen Geschäfte zu machen ist auch in Deutschland groß. Schließlich droht ein erheblicher Reputationsschaden. Doch der Boykott vieler Unternehmen geht weit über die EU-Sanktionen hinaus. Soweit dabei Verträge gebrochen werden, kann das teuer werden, meint Sanktionsexperte Viktor Winkler.**

Die EU hat umfangreiche Sanktionen gegen Russland und die russische Wirtschaft erlassen. Die meisten deutschen Unternehmen und Banken reagieren darauf, indem sie im vorausseilenden Gehorsam Geschäftsbeziehungen abbrechen – häufig ohne Rechtsgrundlage. Das ist ein Problem. Nicht nur, dass Unternehmen ohne Not ihre Geschäftspartner oder Kreditzusagen verlieren und sich eine Welle von Schadenersatz-Klagen aufbürdet: Sondern auch der Staat könnte nun in Haftung genommen werden.

**Rechtsanwalt Viktor Winkler ist Experte für Sanktionen:**

„Da kein Totalembargo besteht, müssen Geschäftspartner und Waren einzeln und sorgfältig darauf geprüft werden, ob sie unter den Sanktionen zulässig sind“, so Winkler. „Hier bestehen häufig Missverständnisse oder Unkenntnis. So dürfen zum Beispiel Oligarchen – auch wenn sie sanktioniert sind – weiterhin rechtlich beraten werden. Auch verliert eine sanktionierte Person dadurch, dass ihre Vermögenswerte eingefroren werden, nicht ihr Eigentum an dem Vermögenswert, nur die Verfügungsbefugnis darüber.“

Wenig bekannt ist auch, dass Unternehmen, an denen ein sanktionierter Oligarch zu unter 50 Prozent beteiligt ist, rechtlich selbst nicht sanktioniert ist. Ebenfalls erfassen die EU-Sanktionen keineswegs alle russischen Banken. Selbst die große VTB Bank ist „nur“ von SWIFT ausgeschlossen. „Daher“, so Winkler, „könnte man rechtlich eine solchen Bank auf anderem Wege Mittel zuführen, also außerhalb SWIFT. Ob man das aus Reputationsgesichtspunkten tatsächlich auch tun möchte, steht auf einem anderen Blatt.“

Einen möglichen Reputationsschaden sieht Winkler als den Hauptgrund für die „bisweilen übereilten Entscheidungen“ vieler Unternehmen und Banken in der EU: „Wenn eine große Bank oder ein namhaftes Unternehmen damit beginnt, sämtliche russischen Geschäftsbeziehungen zu kappen, dann hat das natürlich eine enorme Sogwirkung auf andere, insbesondere kleinere Banken und Unternehmen.“

Die Wissenschaft nennt solch eine wellenartige Verbreitung Ripple-Effekt. Und wellenförmig zieht sich dieser Effekt der Nachahmung zurzeit durch die ganze Wirtschaft. Nur: „Sorgen um die Reputation“, so Winkler, „rechtfertigen in der Regel keine Vertragsverletzung. Hier müssen erst in Zukunft noch Klauseln geschaffen werden, die in vergleichbaren politischen Krisen Ausstiege ermöglichen. Das ist eine riesige Aufgabe für die Zukunft. Die

Vertragspartner müssen das ja auch akzeptieren, dass Verträge leichter aufzulösen sind. Das wird ein spannendes Feld für Juristen“.

Fazit: Banken, Vertragspartner, Auftraggeber, Zulieferer, Dienstleister kündigen Verträge, beenden Kooperationen, verweigern Kredite und Dienstleistungen, obwohl das Sanktionsrecht dies also oftmals gar nicht verlangt, nicht einmal indirekt. Die hysterische Gruppendynamik des Ripple-Effekts kommt der Politik in ihrem Bestreben, Russland abzustrafen, sicher gelegen. Und nicht umsonst hat Olaf Scholz direkt im Bundeskanzleramt bei Staatssekretär Jörg Kukies auch eine Task-Force zur Sanktionskontrolle gebildet, um Druck gegenüber der Wirtschaft aufzubauen. Sanktionen sind also Chef-Sache. Schadenersatz-Forderungen auch?

-----

#### **Reuters:**

#### **Ukraine-Krieg treibt Inflation in Deutschland auf 7,3 Prozent**

Die Inflation in Deutschland ist wegen des Ukraine-Kriegs und anziehender Energiepreise im März auf 7,3 Prozent gestiegen. Dies ist der höchste Stand seit rund 40 Jahren, wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch mitteilte. Im Februar lag die Teuerung noch bei 5,1 Prozent. Ökonomen sagten in ersten Reaktionen:

Thomas Gitzel, Chefvolkswirt VP Bank sagt: „Die Inflationsdynamik ist ungebrochen groß. Die im Zuge des Krieges in der Ukraine massiv gestiegenen Energiepreise treiben die Teuerungsraten auf Höhen, die zuletzt in den 1970er Jahren gemeldet wurden. Die höheren Öl- und Gaspreise werden von Unternehmen und Dienstleistern aber auch in immer stärkerem Ausmaß auf Kunden übergewälzt. Damit gewinnt der Preisauftrieb an Breite. Es dürfte nun deshalb auch mit deutlich höheren Lohnforderungen als Ausgleich für die Inflation gerechnet werden.“

Commerzbank-Chefvolkswirt Jörg Krämer zur Inflation: „Dass die Inflation im März auf 7,3 Prozent gestiegen ist, liegt vor allem am Ukraine-Krieg, der die Preise für Heizöl und Benzin in die Höhe schießen ließ. Aber auch jenseits der Energie sind die Preise auf breiter Front gestiegen. Dabei dürfte es bis auf weiteres bleiben, weil die Unternehmen die Kostenlawine noch lange nicht vollständig an die Verbraucher weitergegeben haben. Leider hält die EZB trotz der hohen Inflationsraten noch immer an ihrer sehr lockeren Geldpolitik fest. Je länger sie jedoch wartet, desto mehr steigen die Inflationserwartungen und setzen sich die hohen Teuerungsraten fest. Die Inflation ist gekommen, um zu bleiben.“

Michael Heise, der Chefvolkswirt von HQ Trust sagt: „Die nüchterne Zahl eines Preisanstiegs von über 7 Prozent bedeutet eine massive reale Entwertung der Einkommen in der deutschen Volkswirtschaft – der Arbeitseinkommen, der Renten und Transfers, der Unternehmer- und Kapitaleinkommen. Die Konsum- und die Investitionsnachfrage werden geschwächt, Wachstumsprognosen nach unten korrigiert.“

Für die europäische Geldpolitik wird die Situation von Woche zu Woche schwieriger. Die hohe Inflation und weitere Störungen der Produktionsabläufe drohen das Wirtschaftswachstum auf den Nullpunkt abzubremsen. Trotz der Wachstumsschwäche muss die EZB den Ausstieg aus der sehr expansiven Geldpolitik vorantreiben, um eine gefährliche Verfestigung der Inflation über längere Zeiträume zu verhindern.“

-----  
**Bloomberg:**

**Renault to Explore Ownership Transfer of Russian Venture**

**Renault SA erwägt nach Angaben von Personen, die mit der Angelegenheit vertraut sind, eine Übertragung der Eigentumsrechte an seinem mehrheitlich im Besitz von Renault befindlichen russischen Unternehmen AvtoVaz an einen lokalen Investor als Möglichkeit, sich aus dem Land zurückzuziehen.**

Eine Übertragung, die derzeit die bevorzugte Option ist, würde dazu beitragen, den Autohersteller von der rechtlichen Verantwortung für das russische Lada-Geschäft und seine 45.000 Mitarbeiter zu befreien, sagten die Personen, die nicht namentlich genannt werden wollten, weil die Überlegungen nicht öffentlich sind. Dieser Schritt ist eine der Optionen, die auf dem Tisch liegen, nachdem der Automobilhersteller letzte Woche erklärt hatte, dass er seine industriellen Aktivitäten einstellt.

Es seien noch keine Entscheidungen getroffen worden, und es könnten sich noch andere Möglichkeiten ergeben, sagten die Personen. Wie die Renault-Fabrik in Moskau in den Plan passt, ist noch unklar. Der französische Automobilhersteller könne seinen 68%igen Anteil an AvtoVaz nicht an den anderen Anteilseigner, die Rostec State Corp. übertragen, da der russische Partner unter Sanktionen stehe, hieß es.

Renault hat in der vergangenen Woche den Betrieb seines Moskauer Werks eingestellt und erklärt, es prüfe die Möglichkeiten für AvtoVaz. Der Hersteller bewertete das Geschäft in Russland - seinem zweitgrößten Markt - Ende letzten Jahres mit 2,2 Mrd. Euro (2,4 Mrd. \$), einschließlich Firmenwert.

Mit dieser Entscheidung reiht sich Renault in eine wachsende Liste von Unternehmen ein, die sich nach dem Einmarsch von Präsident Wladimir Putin in der Ukraine aus Russland zurückziehen. Am Dienstag erklärte der Schweizer Zementhersteller Holcim Ltd., dass er Russland verlässt und versucht, drei Zementfabriken zu verkaufen.

Russland ist ein wichtiger Markt für Renault geworden

Renault ist der weltweit am stärksten vom russischen Markt abhängige Automobilhersteller, was bei den Anlegern Besorgnis erregt und dazu geführt hat, dass die Ratingagenturen die Aussichten des Unternehmens mit Vorsicht betrachten. S&P Global Inc. behielt am Dienstag seinen negativen Ausblick für das Unternehmen bei.

„Obwohl Renault aufgrund seiner umfangreichen Aktivitäten in Russland exponiert ist, sind wir eher besorgt über die Fähigkeit des Unternehmens, angesichts wahrscheinlicher Lieferunterbrechungen, höherer Inputkosten und der Abhängigkeit vom europäischen Automarkt, der durch den Russland-Ukraine-Konflikt beeinträchtigt werden könnte, eine solide Leistung aufrechtzuerhalten“, hieß es in einem Bericht.

Die Aktien fielen im frühen Handel in Paris um bis zu 3,6 Prozent, womit sich die Verluste seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine auf rund 22 Prozent erhöhten.

AvtoVaz von Renault stellt die beiden meistverkauften Autos in Russland her, die beide die Marke Lada tragen, die etwa ein Fünftel des lokalen Marktes ausmacht. Renault erwirtschaftete im vergangenen Jahr rund 10 Prozent seiner Einnahmen in Russland, und AvtoVaz erzielte eine Gewinnspanne von 8,7 Prozent, die weit über den 0,6 Prozent liegt, die die Automobilsparte des Konzerns ohne das Unternehmen erzielt, wie aus dem jüngsten Jahresbericht hervorgeht.

Da die Autofabriken in Russland aufgrund des Mangels an importierten Teilen mit der Produktion von Fahrzeugen zu kämpfen haben, wird das Unternehmen anfangen, Geld zu verbrauchen. Im Jahr 2021 zahlte AvtoVaz 393 Millionen Euro an Lohnkosten, so der Bericht. Die Nettofinanzverschuldung lag bei 597 Millionen Euro.

Renault hatte letzte Woche seine Finanzprognose für dieses Jahr aufgrund der Russland-Entscheidung nach unten korrigiert und erklärt, dass dies zu einer Abschreibung des Wertes des Russland-Geschäfts in der Gewinn- und Verlustrechnung für das erste Halbjahr führen werde.

-----  
**Wirtschaftswoche:**

[Ritter Sport & Co.: Deutsche Unternehmen am Russland-Pranger \(wiwo.de\)](https://www.wiwo.de/unternehmen/2022/03/10/ritter-sport-co-deutsche-unternehmen-am-russland-pranger-wiwo.de)

Unternehmen, die in Russland noch Geschäfte machen, geraten immer stärker unter öffentlichen Druck. Konzerne wie Nestlé und Heineken mussten einlenken und auch deutschen Mittelständlern drohen Shitstorms und Proteste.

Die Demonstranten wissen um die Macht der Bilder: Sie halten Plakate in den Händen, auf denen Raketen mit der Aufschrift „Metro“ zu sehen sind. Vor der Zentrale des Handelskonzerns in Düsseldorf legen sie den Nachbau eines Kindersargs ab, bedeckt mit Blumen und der Ukraine-Flagge. Der Sarg soll die Tragödie in der Ukraine visualisieren, erklärte einer der Organisatoren die Protestaktion am vergangenen Donnerstag. Mehr als 120 Kinder seien bereits im Krieg gestorben. Und diesen finanziere der Großhändler, der in Russland weiter präsent ist, über seine Steuerabgaben mit. Der Vorgang zeigt: Unternehmen, die in Russland weiter Geschäfte machen, geraten immer stärker unter Rechtfertigungsdruck und müssen um ihr Image bei westlichen Kunden bangen. Teils treten sie dann lieber doch den Rückzug an.



Prominentestes Beispiel: Nestlé. Die ukrainische Regierung nahm sich den Lebensmittelkonzern persönlich in einer großangelegten Kampagne vor. Präsident Wolodimir Selenski richtete sich in einer Videobotschaft an die Schweiz und sprach dabei auch über „große Konzerne, die immer noch die russische Militär Maschine finanzieren und die den russischen Markt nicht verlassen haben, obwohl sie das unverzüglich hätten tun sollen.“ Er nennt auch Namen, Bayer, BASF, Mondelez, und ganz zum Anfang: Nestlé. „Boykottiert deren Produkte!“, ruft Selenski zum Ende seiner Rede auf.

Gleich darauf tauchten im Internet bereits die ersten Posts und Memes auf, sie zeigten das Nestlé Logo auf russischen Panzern oder vor Kriegsszenen. Das Hackerkollektiv Anonymus erklärte Nestlé darauf zum Ziel, veröffentlichte 10 Gigabyte an Daten mit Passwörtern und E-Mails von Kunden. Der Konzern erklärte später, die Daten seien bereits vorher öffentlich geworden, Anonymus sei niemals in das Nestlé-Netz eingedrungen. So oder so: Nestlé stand am Pranger.

Einen ähnlichen Shitstorm erlebt gerade der deutsche Schokoladenhersteller Ritter Sport. Um 02:20 Uhr in der Nacht zu Dienstag teilte der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk auf Twitter ein Bild. Darauf zu sehen: eine frei erfundene Ritter-Sport-Verpackung in den blaugelben Nationalfarben der Ukraine, samt Blutspritzern und dem bekannten Logo der Firma aus dem baden-württembergischen Waldenbuch. Es soll sich um die ebenfalls erfundene Sorte „Ukrainisches Blut“ in der „Kriegsedition“ handeln. Über der Verpackung prangt der abgewandelte Werbeslogan der Firma: „Quadratisch. Praktisch. Blut.“

Botschafter Melnyk kommentiert das Bild in seinem Tweet so: „Quadratisch. Praktisch. Blut. Trotz der russischen Aggression gegen die Ukraine bleibt Ritter Sport in Russland. Viel Glück noch“. Das Bild stammt von einem Account, der auf den ersten Blick wie ein echter Ritter-Sport-Account anmutet, allerdings auf den Nutzernamen „@BlancoWeiss“ hört – ein Fakeaccount also. Zahlreiche Nutzer überziehen Ritter Sport in den sozialen Medien seit Tagen mit kritischen Beiträgen. Auch die erfundene Sorte „Granat-Splitter“ macht auf Twitter die Runde. „Bei mir bleibt Ritter Sport ab sofort im Regal pfui Teufel“, schreibt ein Nutzer. Ein anderer setzt Ritter Sport auf seine „Einkaufsstreichliste“.

Tatsächlich hält die Alfred Ritter GmbH, das Unternehmen hinter Ritter Sport, trotz des Angriffskriegs auf die Ukraine am Russland-Geschäft fest. Zu wichtig scheint der russische Markt für das Unternehmen, nach eigenen Angaben macht Ritter Sport dort rund zehn Prozent des Umsatzes. „Wir verstehen, dass das Thema extrem emotional ist und entsprechend sehr kontrovers diskutiert wird“, so ein Unternehmenssprecher auf Anfrage der WirtschaftsWoche. Ein Stopp der Lieferungen nach Russland hätte zur Folge, dass die Produktion drastisch heruntergefahren müsste. Und das könnte neben dem Familienunternehmen selbst auch die Kakaobauern in „Westafrika, Mittel- und Südamerika“ als Zulieferer von Ritter Sport treffen. Deren Kakao benötigte das Unternehmen dann nicht mehr. „Wir sprechen hier von mehreren Tausend Tonnen“, so der Sprecher. Und so stellt das Unternehmen lediglich die Werbung vor Ort ein und will nicht mehr in den russischen Markt investieren.

Im Konzernabschluss zum Jahr 2020, also noch bevor Putins Truppen die Ukraine überfielen und sich etliche westliche Firmen aus Russland verabschiedeten, schreibt das Unternehmen:

„Die weitere teilweise politische Isolation Russlands könnte unser dortiges Wachstum negativ beeinflussen.“ Heute ist Russland politisch viel isolierter, als sich der Schokoladenhersteller das damals wohl hätte vorstellen können. Und dennoch: Ritter Sport bleibt.

Rückzug auf Raten

Andere Unternehmen haben dagegen nach anfänglichem Zögern die Kehrtwende eingeleitet, darunter etwa die Baumarktkette Obi, das Schweizer Handelsunternehmen Coop oder der französische Sportausrüster Decathlon.

Auch Nestlé gab dem Shitstorm nach. „Alle verzichtbaren Importe und Exporte nach und aus Russland wurden bereits ausgesetzt, alle Investitionen ebenfalls. Werbeaktivitäten in Russland wurden komplett gestoppt“, erklärt der Konzern. Übersetzt heißt das: Marken wie Kitkat und Nesquik sollen vom russischen Markt verschwinden. Grundnahrungsmittel oder zum Beispiel Babynahrung will Nestlé aber weiter verkaufen und so die russische Bevölkerung versorgen. Auch die Werke in Russland sollen nicht stillstehen, alle Angestellten dort weiter ihren Lohn erhalten. „Sollten Gewinne anfallen, werden wir diese an humanitäre Hilfsorganisationen spenden“, verspricht der Lebensmittelhersteller.

Zuvor hatten bereits viele Wettbewerber – darunter auch zahlreiche deutsche Brauereien – ihren Abschied aus Russland erklärt. Der Markt gilt nach Italien als zweitwichtigstes Exportland für deutsches Bier, 2021 exportierten die Brauereien noch etwa zwei Millionen Hektoliter nach Russland, das sind 12,7 Prozent der gesamten Bierexporte.

Nun kommt dieser Markt für viele Brauereien nicht mehr in Frage. Die Brauerei Warsteiner, die ihr Bier zu einer internationalen Marke aufbauen will, habe bereits mit Beginn des Krieges alle Lieferungen eingestellt, sagte eine Sprecherin. Auch die Weißbier-Brauerei Erdinger, bereits seit 1998 in Russland aktiv, liefert kein Bier mehr.

Die Bitburger Braugruppe setzte sogar alle Geschäftsbeziehungen mit russischen Partnern oder Unternehmen mit russischen Beteiligungen aus. Mit dieser Grundsatzentscheidung wolle Bitburger „die aktuelle Sanktionspolitik mit unseren Mitteln unterstützen“, erklärt Geschäftsführer Axel Dahm.

-----

**Tagesschau:**

[Energie-Lieferungen : Der Weg des russischen Gases | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de/energie-lieferungen-der-weg-des-russischen-gases)

Wie gelangt russisches Erdgas zu den Verbrauchern in Deutschland? Welche Unternehmen haben Verträge über die Lieferungen geschlossen, für die der Kreml nun Rubel verlangt? Antworten auf einige wichtige Fragen.

Der Streit über die Energielieferungen aus Russland ist heftiger geworden. Während im Westen über die Folgen eines möglichen Energie-Embargos gegen das Land diskutiert wird, verlangt Kreml-Herrscher Wladimir Putin von Gas-Abnehmern in Deutschland und der EU

eine Bezahlung in Rubel - obwohl die Verträge dies in Euro oder Dollar vorsehen. Aus Moskau kommen offene Drohungen mit einem Lieferstopp. Wer hat diese Gas-Lieferverträge geschlossen? Wie lange laufen sie noch - und wie sind die Lieferketten bei dem wichtigen Rohstoff? Wie wichtig ist russisches Gas für Deutschland?

Deutschland ist laut Bundeswirtschaftsministerium zu 90 Prozent auf den Import von Gas angewiesen. Bundesweit werden mittlerweile 55 Prozent des gesamten verbrauchten Erdgases aus Russland importiert. Weiteres Gas kommt vor allem aus Norwegen (27 Prozent) und aus den Niederlanden (21 Prozent).

Wer liefert Gas aus Russland nach Deutschland? In Russland ist das weltweit größte Erdgasförderunternehmen Gazprom für den Vertrieb des russischen Erdgases im Ausland zuständig - und mit einem Anteil von knapp 40 Prozent maßgeblich an der deutschen Gasversorgung beteiligt. Die russische Tochterfirma von Gazprom OOO Gazprom Export exportiert das Erdgas an die deutsche Tochterfirma Gazprom Germania in Deutschland. Diese steuert das Geschäft in Deutschland und verkauft das Gas hauptsächlich weiter.

An wen verkauft Gazprom das Gas weiter? Russland liefert das meiste Gas auf Basis von langfristigen Verträgen zwischen dem Energiekonzern Gazprom und europäischen Energieunternehmen nach Europa. In Deutschland zählen die Energieunternehmen Uniper und EnBW zu den größten Abnehmern russischen Gases. Auch Wingas, die 100-prozentige Tochter von Gazprom, dient als zentrale Vertriebsgesellschaft russischen Gases in Europa und beliefert hierzulande vor allem Stadtwerke, größere Industriebetriebe und regionale Gasversorgungsunternehmen.

Welche deutschen Unternehmen haben Verträge mit Russland? Die langfristigen Importverträge von Uniper mit Russland spielen eine wesentliche Rolle für die Gasversorgung in Europa, insbesondere in Deutschland. Das Midstream-Geschäft des Konzerns, womit der Transport und die Aufbereitung gemeint sind, umfasst ein Portfolio von rund 370 Terrawattstunden (TWh) an langfristigen Gaslieferverträgen. Davon stammen rund 200 TWh aus Russland. Neben Uniper, RWE und der Gazprom-Tochter Wingas zählt auch der Energiekonzern EnBW zu den größten Gashändlern Deutschlands - mit seinen Tochterunternehmen wie dem Gashandelskonzern VNG. Nach Angaben von EnBW stammt der überwiegende Teil des bezogenen Gases aus Russland. Laut EnBW-Chef Frank Mastiaux hat sein Konzern 2021 insgesamt 495 Terrawattstunden Gas eingekauft. Davon kämen 20 Prozent aus direkten Lieferverträgen mit Russland, der Rest vom europäischen Großhandelsmarkt, wo aber rund 55 Prozent ebenfalls aus dem Land stammten.

Wie lange laufen die Verträge noch?

Uniper bestätigt gegenüber tagesschau.de, dass der Konzern Verträge mit russischen Energiekonzernen hat, die über das Jahr 2030 hinauslaufen. Daran will das Unternehmen festhalten. Allerdings will Uniper keine neuen langfristigen Lieferverträge für Erdgas mit Russland abschließen. Zwischen EnBW und Russland gebe es derzeit einen noch bis Ende 2030 laufenden Vertrag über 6,5 Milliarden Kubikmeter pro Jahr. Seit 2021 werden von dem Unternehmen pro Jahr weitere 3,5 Milliarden Kubikmeter aus Russland importiert. Dieser Vertrag läuft aber in diesem Jahr aus. Das Unternehmen betont, keine weiteren

Lieferverträge mit Russland abzuschließen zu wollen. Von RWE heißt es, das Energieunternehmen habe selbst keine langfristigen aktiven Lieferverträge für Gas aus Russland. Aktuell laufe nur noch ein kurzfristiger Vertrag bis 2023 über 15 Terawattstunden Erdgas aus Russland. Alle weiteren Geschäftsbeziehungen zu Russland - unabhängig von den bestehenden Rohstofflieferungen - stelle der Konzern bis auf Weiteres ein, so der Konzern gegenüber tagesschau.de.

An wen verkaufen deutsche Energieunternehmen das Gas weiter? Mit dem eingekauften Gas aus Russland, Norwegen und den Niederlanden beliefern die deutschen Energieunternehmen Uniper, RWE, EnBW und Wingas deutsche Stadtwerke, regionale Versorger und Handelsunternehmen. Die Stadtwerke und weiteren Versorger seien dabei sehr abhängig von den großen Gashändlern, wenn es um den Einkauf von Gas und anderen Energieträgern gehe, heißt es aus der Branche.

-----

### Wirtschafts Woche:

#### **Deutsche Unternehmen in Russland: Gehen oder bleiben?**

**Seit Kriegsbeginn stehen Firmen vor einer Gewissensfrage: Wie halten sie es mit Putins Russland? Die meisten pausieren ihr Geschäft, einige ziehen sich zurück. Was ihre Reaktionen über die deutschen Weltmarktführer verraten.**

Geht es um Russland, möchte der Mann anonym bleiben. Nur so viel: Chef eines mittelständischen Familienunternehmens, ein Weltmarktführer aus dem Süden Deutschlands, mit nur kleinem Geschäft in Russland. Seine Bedenken liegen nicht etwa in der Furcht begründet, in der Öffentlichkeit als Kriegsprofiteur zu gelten, als jemand, der ungeachtet des Leids in der Ukraine weiterhin Geschäfte macht mit dem Kriegstreiber. Bei Kriegsausbruch, sagt der Mann, habe er sofort die Entscheidung gefällt: Das Geschäft in Russland wird eingestellt. Seine Bedenken gelten vielmehr seiner Handvoll Angestellten im Land. Der Mann sagt: „Unsere Mitarbeiter vor Ort werden bedroht.“ Konkreter könne er nicht werden.

Es ist die Frage der Stunde für Unternehmen - die wirtschaftliche Gretchenfrage: Wie halten sie es mit Putins Russland? Seit Wladimir Putin einen Krieg in der Ukraine führt, stehen Unternehmen vor dieser Entscheidung: sich zurückzuziehen aus dem Riesenreich – oder zu bleiben und sich womöglich rechtfertigen zu müssen.

Der russische Staat und seine Organe, darunter auch die vielen Staatsunternehmen, reagieren offenbar zunehmend rabiater gegenüber Firmen, die Standorte oder Produktionsstätten im Land unterhalten und aufgrund Putins Angriffskrieg ihr Geschäft einschränken oder einstellen. Dazu zählen auch viele deutsche Weltmarktführer, wie eine exklusive WirtschaftsWoche-Umfrage zeigt. Die Mehrheit der deutschen Unternehmen will offenbar zunächst im Land bleiben, schränkt das Geschäft aber temporär stark ein. Zum radikalsten Schritt sieht sich der Frankfurter Gabelstapler- und Lagerlogistikonzern Kion gezwungen: Wegen des Kriegs in der Ukraine prüft die Firma „aktuell Optionen für den Verkauf des Geschäfts in Russland“. Das betrifft rund 400 Angestellte, die für den M-Dax-

Konzern vor Ort Gabelstapler vertreiben. Auch der Rückversicherer Munich Re zieht sich aus Russland zurück. Ob „vorerst“ oder „dauerhaft“, müsse sich zeigen.

Die meisten deutschen Weltmarktführer halten es wie der Bielefelder Werkzeugmaschinenbauer DMG Mori (Umsatz: zwei Milliarden Euro): Das Unternehmen hat sämtliche Geschäftsaktivitäten in Russland eingestellt. Davon betroffen sind rund 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die meisten von ihnen arbeiten in der südrussischen Großstadt Uljanowsk, wo die Bielefelder ein Fertigungs- und Montagewerk unterhalten. Daneben gibt es noch drei DMG-Mori-Vertriebs- und Servicegesellschaften in Moskau, Uljanowsk und Jekaterinburg.

### **Der Umsatzverlust stehe in keinem Verhältnis zum Leid der Menschen**

Ähnlich äußerte sich auch das Elektrounternehmen EBM Papst aus dem baden-württembergischen Muldingen, das in Russland unter anderem Ventilatoren für die Ausstattung von Supermärkten lieferte – bis zu Kriegsbeginn. Der aktuelle Umsatzverlust im mittleren zweistelligen Millionen-Bereich aufgrund des Lieferstopps, erklärt eine Sprecherin, stehe „für uns in keinem Verhältnis zum Leid der betroffenen Menschen“. Die 54 EBM-Papst-Angestellten in Russland und jene neun in der Ukraine würden aber weiterhin bezahlt.

Quer durch alle Branchen drücken die Weltmarktführer in Russland auf Pause: Sei es bei Farben, Lacken und Wärmedämmstoffen (Firma Sto stellt die Lieferungen „bis auf Weiteres“ ein), Waschmaschinen und Trocknern (Miele stoppt die Lieferung, bezahlt die 230 Mitarbeiter für die nächsten sechs Monate weiter), Mess- und Steuerung von Gasen und Flüssigkeiten (Firma Bürkert setzt das Russland-Geschäft für sechs Wochen aus), Software (SAP), Schrauben (Würth: „Die Lieferungen nach Russland, Belarus und in die Ukraine sind bis auf weiteres ausgesetzt“), Flügen (die Lufthansa setzt alle Flüge nach Russland aus und überfliegt den russischen Luftraum nicht mehr für Überflüge) und auch Autos. Der Volkswagen-Konzern hat 2021 immerhin rund 170.000 Fahrzeuge in russischen Fertigungsstätten produziert, in den Werken Kaluga und Nizhny Novgorod. Die dortige Geschäftstätigkeit wurde nun, wie VW mitteilt, „bis auf Weiteres eingestellt“.

Die meisten der antwortenden Unternehmen beziffern den Russland-Anteil am Gesamtumsatz auf weniger als zwei Prozent, viele gar auf weniger als ein Prozent. Sie dürfte das Pausieren des Russland-Geschäfts weniger schmerzen als zum Beispiel die Düsseldorfer SMS Group, Weltmarktführer in der Hütten- und Walzwerkstechnik. SMS erwirtschaftete im vergangenen Jahr rund sechs Prozent des Gesamtumsatzes von 2,7 Milliarden Euro in Russland. Knapp 1.700 Angestellte zählt die Firma in Russland, hauptsächlich im Service-Bereich. Auch der Düsseldorfer Dax-Konzern Henkel beschäftigt mit rund 2.500 Frauen und Männern immerhin fast fünf Prozent aller 52.000 Mitarbeiter in Russland.

Anders als viele genannte Unternehmen hat Henkel in Russland auch nicht alle Tätigkeiten eingestellt: Zwar habe man alle geplanten Investitionen im Land sowie Werbung und Sponsoringaktivitäten gestoppt, aber die lokale Produktion und den Verkauf „von Produkten des täglichen Bedarfs, wie Haushalts- und Körperpflegeprodukte, werden wir zunächst weiterführen“, teilt eine Sprecherin mit. Und ergänzt vielsagend: „Ein kompletter Rückzug

aus dem russischen Geschäft kann weitreichende Konsequenzen haben – auch und gerade für unsere Mitarbeiter vor Ort.“

### **„Einen kompletten Lieferstopp sehen wir nicht als zielführend an“**

Oliver Hermes, der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, sah sich kürzlich gezwungen, auf solche Differenzierungen hinzuweisen. In einem Statement wehrte er sich gegen „pauschale Vorwürfe gegen deutsche und europäische Unternehmen (...), die weiter in Russland aktiv sind“. Diese Kritik sei unberechtigt. Denn es gebe „eine Reihe von Wirtschaftszweigen, in denen eine weitere wirtschaftliche Betätigung nicht nur rechtmäßig, sondern auch legitim ist“. Er benennt auch die Methoden, mit denen Russland Druck ausübt: das sogenannte Fremdverwaltungsgesetz, das bislang noch ein Gesetzentwurf ist. Jede Firma, sagt Hermes, die nach russischer Lesart ohne klaren wirtschaftlichen Grund ihre Tätigkeit einstellt oder Leute entlässt und damit die soziale Sicherheit gefährdet, „unterliegt dem Risiko, unter die sogenannte Fremdverwaltung zu fallen“. Man könnte auch sagen: diese Firmen werden enteignet.

Viele Unternehmen berichten Hermes und seinen Verbandskollegen, „dass die lokalen Staatsanwaltschaften schon auf sie zukommen sind und prophylaktisch Gespräche führen, obwohl das Gesetz noch gar nicht in Kraft ist“. Der Ost-Ausschuss könne in dieser Lage keine pauschalen Ratschläge geben, sagt Hermes. Schließlich drohten in Russland auch Vertragsstrafen, „bis hin zum vollständigen Vermögensverlust und rechtliche Konsequenzen für leitende Mitarbeiter“.

Und so gibt auch eine Minderheit der Weltmarktführer an, die Geschäfte weiter zu führen – mit mal mehr, mal weniger starken Einschränkungen. Da ist etwa Landmaschinenfabrik Grimme aus dem niedersächsischen Damme (Umsatz: 453 Millionen Euro). Seit mehr als 30 Jahren exportiere man nach Russland, heißt es vom Unternehmen, das Land zählt zu den fünf größten Exportländern des Mittelständlers. „Bis auf ein paar spezifische Ersatzteile stehen weder Neumaschinen noch Komponenten auf den Sanktionslisten“, erklärt ein Sprecher, „da moderne Landtechnik für die Ernährung der Bevölkerung essentiell ist“. Man hoffe, „zum Start der Saison beim Pflanzen von Kartoffeln und Säen von Rüben weiter unterstützen (zu) können“. Allerdings, schränkt das Unternehmen ein, hätten sich die Logistikkapazitäten durch den Krieg deutlich verändert und die Preise als auch die Stornierungen seien stark gestiegen.

Insgesamt betreibt mehr als ein Dutzend der antwortenden Unternehmen weiter Geschäfte mit Russland. Bayer, Fresenius und Merck etwa liefern weiterhin Gesundheitsprodukte nach Russland. Der pfälzische Pumpenhersteller KSB (Umsatz: 2,2 Milliarden Euro) betreibt sein Russland-Geschäft weiter – „sofern die Finanzierung gesichert ist (Vorkasse)“, teilt das Unternehmen mit. KSB liefert in Russland vor allem Pumpen und Armaturen für die Wasser- und Lebensmittelindustrie und erwirtschaftet damit einen zweistelligen, mittleren Millionenbetrag. „Einen kompletten Lieferstopp sehen wir nicht als zielführend an, da es die Zivilbevölkerung und nicht den eigentlichen Aggressor treffen würde“, heißt es vom Konzern.

Ein paar Unternehmen geben sogar an, gar keine Geschäftseinschränkungen in Russland zu spüren beziehungsweise in Kauf zu nehmen, so etwa Südzucker aus Mannheim („Das

Geschäft in Russland läuft weiter wie bisher“) und das oberpfälzische Chemieunternehmen Nabaltec („Die gelieferten Produkte sind nicht sanktioniert“).

Und damit noch einmal zum anonymen süddeutschen Weltmarktführer vom Anfang – zur Illustration der erstaunlichen Bandbreite der unternehmerischen Sichtweisen. Er schicke niemanden mehr nach Russland, sagt der Mann. Auch habe er von einem Gesetzentwurf gehört, wonach denjenigen Strafen drohen, die für Firmen arbeiten, die in Russland absichtlich in die Insolvenz laufen. Die Pläne, um seine Mitarbeiter in Russland ausfliegen zu lassen, lägen schon bereit, sagt der Mann.

-----

**dpa:**

### **Ritter Sport macht weiter Geschäfte in Russland**

Der Schokoladenhersteller Ritter Sport liefert trotz des Ukraine-Krieges weiterhin Schokolade nach Russland. Das Unternehmen habe sich die Entscheidung nicht leicht gemacht, teilte ein Sprecher am Dienstag auf Anfrage in Waldenbuch mit. Ein Stopp der Lieferungen hätte zur Folge, dass die Produktion drastisch heruntergefahren müsste, «und damit auch ernsthafte Auswirkungen auf uns als unabhängiges mittelständisches Familienunternehmen». Letztlich wären auch die Kakaobauern davon betroffen.

Russland ist ein wichtiger Markt für den schwäbischen Schokoladenhersteller. Rund sieben Prozent macht das Geschäft nach Firmenangaben in Russland aus. Weiter wie bisher könne es jedoch nicht gehen, sagte der Sprecher. So habe Ritter Sport bereits Anfang März die Entscheidung getroffen und umgesetzt, «nicht weiter in den russischen Markt zu investieren sowie Werbung dort zu stoppen». Zunächst hatten die «Stuttgarter Nachrichten» darüber berichtet.

-----

## 8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

### Ukraine-Analysen 265 erschienen

In der neuen Ausgabe geht es um die Hintergründe des Kriegsgeschehens, um die Verluste auf beiden Seiten und Friedensverhandlungen.

[Ukraine-Analysen | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen)

-----

**n-tv:**

[515.800.000.000 Euro: Ukraine beziffert bisherige Kriegsschäden - n-tv.de](https://www.n-tv.de/515.800.000.000-Euro-Ukraine-beziffert-bisherige-Kriegsschaeden)

Die ukrainische Wirtschaftsministerin Julia Swyrydenko hat das Ausmaß des bereits entstandenen materiellen Schadens in der Ukraine auf rund 515 Milliarden Euro beziffert. Durch die Kampfhandlungen seien 8.000 Kilometer Straßen beschädigt oder zerstört worden, hinzu kämen zehn Millionen Quadratmeter Wohnfläche sowie diverse indirekte Folgen für die Wirtschaft vor allem durch die Explosion der Arbeitslosigkeit, den starken Rückgang des Verbraucherkonsums sowie die deutlich gesunkenen Steuereinnahmen. Der Internationale Währungsfonds IWF rechnet mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung der Ukraine um bis zu 35 Prozent.

-----

### Kooperationen mit der ukrainischen Wirtschaft

Unter dem folgenden Link finden Sie Kontakte zu über 100 ukrainischen Unternehmen, die trotz der Kriegslage für Kooperationen mit europäischen Unternehmen bereitstehen:

[Business for Ukrainian Services Companies | Directory of UA Companies \(bizforukraine.com\)](https://bizforukraine.com/)

-----

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Einen Link zur aktuellen Ausgabe finden Sie untenstehend. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

**Iryna Zdorevska**, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: [ZdorevskaI@dtek.com](mailto:ZdorevskaI@dtek.com), Web: [www.dtek.com](http://www.dtek.com)

Der aktuelle 32. DTEK-Energy brief enthält folgende Themen:

1. DTEK weekly briefing: Ukraine's Energy Sector amid 1<sup>st</sup> Month of War



2. “Stop bloody energy” [website](#)
3. Energy system functioning during military invasion – daily update
  - Electricity consumption forecast
  - Industrial consumers’ electricity consumption
  - Power Generation
  - Oil & Gas
  - Power Grids
4. DTEK humanitarian aid

-----

## 9. Hilfsaktionen

### EU Clusters Support Ukraine

Die EU hat ein Forum „EU Clusters Support Ukraine“ eingerichtet, um die Fähigkeit der europäischen Industrie zu verbessern, zur Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Ukraine beizutragen und ukrainische Flüchtlinge in den Mitgliedstaaten zu unterstützen.

[EU Clusters Support Ukraine | European Cluster Collaboration Platform](#)

-----

### EU-Kommission:

#### **Europäische Koordinierung der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus Ukraine: EU-Kommission legt Zehn-Punkte-Plan vor**

Die EU will die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine besser koordinieren. Die EU-Kommission hat dazu gestern (Montag) gemeinsam mit der französischen Ratspräsidentschaft beim Sondertreffen der EU-Innenministerinnen und -minister einen Zehn-Punkte-Plan vorgelegt. Geplant ist unter anderem die Einrichtung einer EU-Registrierungsplattform zum Informationsaustausch über Schutzsuchende sowie ein auf EU-Ebene koordiniertes Konzept für Transport- und Informationsknotenpunkte. Die Kommission wird außerdem besondere Verfahren für die Überstellung unbegleiteter Minderjähriger erarbeiten.

#### **Der Zehn-Punkte-Plan**

1. Einrichtung einer EU-Registrierungsplattform für den Austausch von Informationen über Personen, die vorübergehenden Schutz genießen, und nationale Schutzstatus mit Unterstützung von eu-LISA, der Agentur der EU für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.
2. Ein auf EU-Ebene koordiniertes Konzept für Transport- und Informationsknotenpunkte, mit Unterstützung der Asylagentur der Europäischen Union.
3. Bestandsaufnahme der Aufnahmekapazitäten und Unterbringung, um die Angebote der Mitgliedstaaten, die helfen können, und die Menschen, die Unterstützung benötigen, zusammenzuführen und zur Organisation von Überstellungen aus den am stärksten unter Druck stehenden Mitgliedstaaten beizutragen, mit Unterstützung der Initiative „Safe Homes“ der Kommission. Die Asylagentur der Europäischen Union wird die Mitgliedstaaten auf der Grundlage von Einsatzplänen gezielt unterstützen und das EU-Netz der Aufnahmeagenturen und -behörden koordinieren.
4. Erarbeitung nationaler Notfallpläne zur Deckung des mittel- bis langfristigen Bedarfs. Die Kommission wird die Mitgliedstaaten unterstützen und einen gemeinsamen europäischen Krisen- und Notfallplan erarbeiten. Die Kommission wird einen gemeinsamen EU-Index

erarbeiten, an dem sich Mitgliedstaaten, europäische Agenturen und internationale Organisation beteiligen sollen.

5. Die Kommission und die Asylagentur der Europäischen Union werden gemeinsam Standardverfahren und eine einheitliche Orientierungshilfe für die Aufnahme und Unterstützung von Kindern erarbeiten, und die Kommission wird besondere Verfahren für die Überstellung unbegleiteter Minderjähriger erarbeiten.

6. Ein gemeinsamer Plan zur Bekämpfung von Menschenhandel, um Menschenhandel und Ausbeutung zu verhindern. Unter der Leitung des EU-Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels wird ein Plan zur Bekämpfung von Menschenhandel erarbeitet, um der Gefahr von Menschenhandel entgegenzuwirken und potenzielle Opfer zu unterstützen. Der Plan wird auf der EU-Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels (2021-2025) beruhen.

7. Verstärkte Solidarität mit Moldau durch mehr Überstellungen und die rasche Entsendung von Frontex-Teams nach Moldau. Die Überstellungen, die in Zusammenarbeit mit dem UNHCR und der IOM und mit finanzieller Unterstützung durch die EU erfolgen, sind eine unmittelbare Priorität.

8. Ein verstärkter Rahmen für die internationale Zusammenarbeit bei sicheren Zielorten. Die Solidaritätsplattform wird in Zusammenarbeit mit den zuständigen Agenturen und anderen in diesem Bereich tätigen Partnern die Kontakte zu Kanada, den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und anderen internationalen Partnern koordinieren.

9. Umgang mit den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die innere Sicherheit. Das Netz der Europäischen multidisziplinären Plattform gegen kriminelle Bedrohungen (EMPACT) und Europol werden die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, für äußerste Wachsamkeit gegenüber organisierter Kriminalität und Menschenhändlergruppen zu sorgen und die Durchsetzung der EU-Sanktionen gegen Personen aus Russland und Belarus sicherzustellen. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, durch bilaterale Entsendung von Polizeibeamten im Prüm-Rahmen zusammenzuarbeiten, und die Kommission wird diese Anstrengungen unterstützen.

10. Angemessene Ressourcen und Finanzmittel. Um den EU-Mitgliedstaaten umfassende Orientierungshilfe und individuelle Unterstützung leisten zu können, wurde eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet, in der sich alle einschlägigen Experten der Kommission zusammenfinden. Um die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zu unterstützen, hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, die flexible Verwendung der Mittel zu erleichtern.

In seinen Schlussfolgerungen vom 24./25. März hatte der Europäische Rat die Mitgliedstaaten aufgerufen, ihre Anstrengungen in fortgesetztem Geiste der Einheit und Solidarität zu intensivieren, und ersuchte die Kommission, die erforderlichen Initiativen zu ergreifen, um diese Anstrengungen erleichtern. Auf der außerordentlichen Tagung des Rates „Justiz und Inneres“ vom 28. März legten der für die Förderung unserer europäischen Lebensweise zuständige Vizepräsident Margaritis Schinas und EU-Innenkommissarin Ylva Johansson in Abstimmung mit dem französischen Ratsvorsitz, der durch Minister Gérald Darmanin vertreten wurde, den Zehn-Punkte-Plan für eine stärkere europäische

Koordinierung der Aufnahme von Menschen, die vor dem Krieg gegen die Ukraine fliehen, vor.

## Hintergrund

Auf seiner Tagung vom 24./25. März hat der Europäische Rat die Kommission aufgefordert, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Mitgliedstaaten bei der Intensivierung ihrer Anstrengungen zur Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine in fortgesetztem Geiste der Einheit und Solidarität zu unterstützen.

Im Anschluss an die beiden vorangegangenen Tagungen des Rates zur Lage in der Ukraine, die zu einer beispiellosen humanitären Reaktion und zur Aktivierung der Richtlinie über den vorübergehenden Schutz geführt hatten, haben die Innenministerinnen und Innenminister gestern beschlossen, die Koordinierungs- und Solidaritätsanstrengungen zu verstärken, um die Flüchtlinge unter den bestmöglichen Bedingungen aufnehmen zu können.

Eine starke Koordinierung und Priorisierung auf europäischer Ebene zur Unterstützung der Mitgliedstaaten ist für eine wirksame Reaktion von entscheidender Bedeutung. Die von der Europäischen Kommission eingerichtete EU-Solidaritätsplattform wird der operative Dreh- und Angelpunkt dieser Koordinierung sein, einschließlich der Abstimmung mit den einschlägigen ukrainischen Behörden und Partnern. Der Rat wird über den AStV und die Integrierte Regelung für die politische Reaktion auf Krisen (IPCR) weiter für eine allgemeine Steuerung des Krisenmanagements sorgen.

[Europäische Koordinierung der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus Ukraine: EU-Kommission legt Zehn-Punkte-Plan vor \(europa.eu\)](#)

---

## **Ukrainischer Hilfsstab - Norddeutschland**

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat einen Hilfsstab aufgebaut und informiert zusammen mit dem ukrainischen Generalkonsulat Hamburg mit Pressemitteilungen über aktuelle Entwicklungen.

Kontakt: [Hilfe für Ukraine - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](http://hilfe-ua.de)

Zu diesem Angebot heißt es:

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat sich organisiert, um unsere Heimat und unsere Landsleute in dieser entscheidenden Zeit zu unterstützen. Unsere Mission ist es die Verteidiger der Ukraine zu versorgen und ihnen den Rücken frei zu halten. Wir koordinieren in folgenden Bereichen:

- Informationsarbeit und Pressezentrum
- Humanitäre Hilfe
- Sammlung von Spenden und Geldern

- Organisation von Demonstrationen
- Organisation der Aufnahme von Flüchtlingen
- Medizinische Versorgung

Wenn Sie helfen möchten, Ihren Beitrag zur Verteidigung der Ukraine leisten möchten, Ideen und geplante Aktionen haben, wenden Sie sich bitte an unser Call-Center für Helfer, um unsere Aktionen gemeinsam zu koordinieren: [Call-Center - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

-----

### **Luftbrücke nach Moldau – Sponsoren gesucht**

Projekt des Auswärtigen Amts mit dem DIHK: Gesucht werden Unternehmen, die zur Bewältigung der Flüchtlingsströme in Moldau Finanzmittel zur Verfügung stellen. Es geht um Flüge aus Moldau nach Deutschland/in die EU. Es gibt dazu ein Spendenkonto des Auswärtigen Amts, um eine Luftbrücke aus Moldau zu bewerben, weitere Infos unter #wirtschafthilft. Es geht darum, Geld für die Flüge aus Moldau nach Deutschland zu sammeln. Der erste Flug wird bereits von der Lufthansa gesponsort. Moldau ist aktuell erheblich mit Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge überfordert. Mit Angriffen auf Odessa könnte das Problem in Kürze noch gravierender werden. Hier wird auf konkrete Hilfe von Unternehmensseite gehofft.

-----

### **EU-Leitlinien für Flüchtlinge**

Die EU-Kommission hat **Leitlinien für den Umgang** mit ukrainischen Flüchtlingen in den EU-Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Diese sollen eine einheitliche Betreuung ermöglichen:

[Kommission veröffentlicht Leitlinien für Mitgliedstaaten zum vorübergehenden Schutz der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine \(europa.eu\)](https://europa.eu/commission/press-room/detail/2022-03-17/stl-massnahmen-unterstuetzung-ukraine-geschaedigte)

-----

### **Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden**

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

[https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF\\_Schreiben/Weitere\\_Steuert\\_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html)

## **Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses:**

### **#WirtschaftHilft**

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite [www.WirtschaftHilft.info](http://www.WirtschaftHilft.info) als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsangebote und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

### **Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses**

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

### **Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine**

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite [www.jobs.gu-dp.com](http://www.jobs.gu-dp.com). Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, [a.stadnicki@oa-ev.de](mailto:a.stadnicki@oa-ev.de)

### **Unterbringung von Flüchtlingen**

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „[Spaces for Ukrainian Refugees](#)“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Kontakt: [info@rotary-platz-der-republik.berlin](mailto:info@rotary-platz-der-republik.berlin)

## Spenden für Hilfstransporte

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,  
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, [s.kaegebein@oa-ev.de](mailto:s.kaegebein@oa-ev.de)) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, [p.hristova@oa-ev.de](mailto:p.hristova@oa-ev.de)).

-----



## Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

### Unterkunft

Zuletzt hat es starke Kritik von NGO an der deutschen Unterkunftsvermittlung [www.unterkunft-ukraine.de](http://www.unterkunft-ukraine.de) gegeben. Es wird bemängelt, dass die Wohnungsvermittlung ineffizient läuft.

Alternativen dazu sind: [I CAN HELP HOST](#) und Wunderflats: [Furnished Apartments, Homes, Temporary housing - Rent on Wunderflats](#) sowie:

Angebot der Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#); For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>

### Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

### Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: [www.berlin.de/ukraine](http://www.berlin.de/ukraine)
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>

- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>
- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YIxuOsZ9InhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): [germany4ukraine](https://www.germany4ukraine.de/)

---

### **Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte**

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. [030-720 220 640](tel:030-720220640), Mail: [schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com](mailto:schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com)

[https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart\\_zentrales\\_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490](https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490)

---

### **Materialwirtschaft/Logistik**

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](https://www.bme-ev.de/infopoint-ukraine-konflikt)

---



## Lebensmittel

**BMEL:** Es gibt inzwischen eine Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine  
Kontakt: E-Mail: [info@lebensmittelhilfe-ukraine.de](mailto:info@lebensmittelhilfe-ukraine.de).

-----

## Medizinische Güter

### SPENDENAUFTRUF

#### **Hilfe für die Bevölkerung der Ukraine / Koordinierte Vorgehensweise der Verbände der Arzneimittel- und Medizinprodukteindustrie sowie des Pharmazeutischen Großhandels**

Mit großer Betroffenheit sehen wir das durch den russischen Angriffskrieg verursachte Leiden der Bevölkerung in der Ukraine. Viele Unternehmen engagieren sich bereits in privaten Hilfsprojekten, die es deutschlandweit gibt. Dies begrüßen wir sehr, und diese sollen auch weiter unterstützt werden.

Aufgrund des absehbaren großen Bedarfs an medizinischen Gütern aller Art erreichten uns allerdings zahlreiche Anfragen von Mitgliedsunternehmen, ob die Verbände die humanitäre Hilfe koordinieren können, um den Menschen im Kriegsgebiet bestmöglich zu helfen. **Hierzu haben sich die Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels in den letzten Tagen abgestimmt und bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an.** Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen.

Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

Um eine schnelle und effiziente Hilfe für die Menschen in der Ukraine zu gewährleisten, haben die Verbände die folgende Vorgehensweise abgestimmt:

Von Seiten der Ukraine wurde der Europäischen Kommission eine Liste benötigter medizinischer Güter zur Verfügung gestellt, die die Grundlage für Spenden sein sollte. Der Verband des pharmazeutischen Großhandels hat diese Liste mit den Pharmazentralnummern (PZN) der benötigten Arzneimittel und Medizinprodukte verknüpft und aktualisiert diese regelmäßig.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: [ukraine@medeor.de](mailto:ukraine@medeor.de)).

Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. Damit dürfen Hilfsorganisationen Betäubungsmittel ohne Ausfuhrgenehmigungen in die Ukraine und angrenzende EU-Mitgliedstaaten ausführen. Die Hilfsorganisationen müssen allerdings vorab der Bundesopiumstelle beim BfArM die Art, Menge und Herkunft der Betäubungsmittel mitteilen. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

---

## **Energiewirtschaft**

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfsersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

---

## **Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung**

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hier:

iwanttohelpukrainians@gmail.com

-----

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

## **Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!**

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:  
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,  
BIC: BFSWDE33XXX  
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00  
Bank für Sozialwirtschaft  
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

**Rotary hilft.**



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

### Weitere Links von Initiativen:

#### **Spenden an Aktion Deutschland Hilft**

[❤️ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](https://www.aktion-deutschland-hilft.de)

-----

#### **Unicef**

[Ukraine-Krise: Krieg in der Ukraine bedroht Millionen Kinder | UNICEF](https://www.unicef.org/ukraine)

-----

## **Unterstützung für Berichterstatter**

Netzwerk Recherche, n-ost, FragDenStaat, Reporter ohne Grenzen und die taz Panter Stiftung haben eine Spendenaktion gestartet. Von diesem Geld werden Schutzausrüstungen für die Reporterinnen und Reporter gekauft, Unterkünfte bezahlt und eine psychologische Unterstützung organisiert.

Hier können Sie spenden:

<https://www.betterplace.org/de/projects/106590-unterstuetzung-fuer-journalist-innen-in-der-ukraine>

-----

## **MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft**

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

-----

## **Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten**

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

-----

## **Informations-Plattform für Hilfsmöglichkeiten (englisch)**

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](https://supportukrainenow.org)

Kontakt:

**Andreas Metz**

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

**German Eastern Business Association**

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | [A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

